

**VERWALTUNGSBERICHT**  
DER  
**STADT OLPE**



**1948 - 1952**

---

---

HERAUSGEGEBEN VON DER STADTVERWALTUNG OLPE

---



Die kommunale Arbeit  
und der Stand der Gemeindeangelegenheiten  
in der Stadt Olpe von  
1948 - 1952

---

## Inhaltsverzeichnis.

	<u>Seite</u>
Vorwort	1
I. Das Stadtgebiet	2
1. Geographische Lage	2
2. Grösse	2
II. Bevölkerung	2
1. Wohnbevölkerung	2
2. Altersgliederung	3
3. Religionszugehörigkeit	3
4. Berufsgliederung	3
5. Wohnverhältnisse	3
III. Arbeitsstätten	3
1. Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten	3
2. Landwirtschaftliche Betriebe	4
3. Viehbestand	4
IV. Kriegsschäden im Stadtbezirk	5
V. Verfassung und Stadtvertretung	7
1. Zeitraum 1.4.1940 - 9.6.1945	7
2.       10.4.1945 - 31.3.1946	8
3.       1.4.1946 - 15.9.1946	9
4.       16.9.1946 - 17.10.1948	10
5.       18.10.1948 - 1.11.1952	11
VI. Verwaltungsorganisation und Verwaltungskräfte	13
VII. Ständesamtlich beurkundete Personenstands- veränderungen	15
VIII. Das Ordnungswesen	16
IX. Das Schulwesen	21
1. Höhere Schulen	21
2. Volksschulen	23
3. Berufsschulen	24
X. Die Kulturarbeit	25
XI. Die Wohlfahrts-, Gesundheits- und Jugendpflege	27
1. Allgemeines	27
2. Fürsorge	27
3. Tuberkulosehilfe	28
4. Sozialversicherung	28
5. Soforthilfe	29
6. Leistungsübersichten	30
7. Jugendpflege	29
XII. Die Befriedung der Evakuierten und Heimat- vertriebenen	33
XIII. Die Wohnraum-Bewirtschaftung	37
XIV. Das Bauwesen	39
1. Die Stadtplanung	39
2. Hochbauten	42
a) Bäuliche Unterhaltung der stadt-eigenen Hochbauten	42
b) eigene Neubauten	42
c) Private Bau-tätigkeit	43



V o r w o r t

Die Wahlperiode der augenblicklichen Stadtvertretung geht ihrem Ende entgegen. Termin für die Neuwahl ist auf den 9. November 1952 angesetzt. Es erscheint deshalb notwendig und zweckmäßig, Rückschau zu halten über die abgelaufene vierjährige Tätigkeit der Stadtvertretung und Stadtverwaltung.

Der letzte gedruckte Verwaltungsbericht der Stadt Olpe umfaßt das Jahr 1939. In den folgenden Kriegs- und Nachkriegsjahren sind, wie in den meisten Gemeinden, schriftliche Verwaltungsberichte nicht herausgegeben worden. Um den Zusammenhang mit dem letzten Bericht wenigstens in großen Zügen herzustellen, soll in diesen Verwaltungsbericht einleitend auch die allgemeine verfassungs- und verwaltungsmäßige Entwicklung in der Zwischenzeit dargestellt werden.

Die Kriegs- und Nachkriegsjahre sind für die Bevölkerung eine besonders schwere Zeit gewesen. Nach der Währungsreform am 20. 6. 1948 hat sich eine allmähliche Besserung angebahnt. Aus eigener Kraft und unter Ausnutzung aller Hilfsmittel haben Stadtvertretung und Stadtverwaltung für den Auf- und Ausbau der Stadt alles unternommen, was irgendwie möglich war. Das war insbesondere seit der Währungsreform der Fall. Es galt, die Stadt nicht allein zu verwalten, sondern auch zu gestalten. Dieses Ziel war auch die Richtschnur für die Arbeit der Stadtvertretung und Stadtverwaltung in der Zeit vom Oktober 1948 bis Oktober 1952. Der vorliegende Bericht soll ein Bild geben über die geleistete Arbeit, ein Bild freilich nur in knappen Umrissen, dessen Studium allgemein zugenutzt werden kann.

Olpe, im Oktober 1952

Der Stadtdirektor:

*K. K. K.*

## I. Das Stadtgebiet

### 1.) Geographische Lage nach Greenwich

7 Grad 50 Min. 44 Sek. östlicher Länge  
 51 Grad 1 Min. 50 Sek. nördlicher Breite  
 Höhenlage: 326 m über NN im Mittel

Einzelne Höhenlagen in der Stadt und im angrenzenden Amt:

Attenberg	445 m
Rhonard	526 m
Engelsberg b. Rehringhausen	588 m
Haardt	441 m
Klaicker Berg	417 m

### 2.) Größe: Gemarkungsfläche 12,79 qkm

## II. Bevölkerung

### 1.) Wohnbevölkerung nach der amtlichen Volkszählung am:

17. 5. 1939:	7.561	davon männlich:	3.484
29. 10. 1946:	9.316	" "	3.990
13. 9. 1950:	10.223	" "	4.595

Durch das Einwohnermeldeamt fortgeschriebene Einwohnerzahlen von 1900 bis 1952:

Jahr	1900	1905	1910	1915	1920	1925
Zahl	3.763	4.481	5.355	5.793	6.481	6.555
=====	=====	=====	=====	=====	=====	=====
Jahr	1930	1935	1940	1945	1950	1952 (1. 10.)
Zahl	7.320	7.566	7.820	9.024	10.220	10.596
=====	=====	=====	=====	=====	=====	=====

Danach hat die Stadt Olpe heute 6.533 Einwohner mehr als 1900.

Bevölkerungsdichte am 13. 9. 1950: je qkm 799,3

Haushaltungen am 13. 9. 1950: 2.842.

### 2.) Altersgliederung der Wohnbevölkerung am 13. 9. 1950

unter	6 Jahre:	insgesamt	806,	davon	426 männlich
6 bis unter	15 Jahre:	"	1.737,	davon	889 männlich
15 bis unter	20 Jahre:	"	792,	davon	370 männlich
20 bis unter	65 Jahre:	"	6.025,	davon	2.543 männlich
65 Jahre und älter	:	"	863,	davon	367 männlich



Industrie und Handwerk (ohne Bau- und Baunebengewerbe):	Arbeitsstätten:	200
	Beschäftigte:	2.055
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung:	Arbeitsstätten:	52
	Beschäftigte:	1.317
darunter im Handwerk:		149
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung):	Arbeitsstätten:	141
	Beschäftigte:	599
darunter im Handwerk:		419
Bau- und Baunebengewerbe:	Arbeitsstätten:	60
	Beschäftigte:	562
darunter im Handwerk:		425
Handel, Geld- und Ver- sicherungswesen:	Arbeitsstätten:	150
	Beschäftigte:	669
 2.) <u>Landwirtschaftliche Betriebe</u>		
Gesamtzahl:		94
davon mit landwirtschaftlich genutzter Fläche		67
von 0,001 bis unter 2 ha		17
2,0 bis unter 5 ha		10
5,0 bis unter 20 ha		-
20,0 ha und mehr		-
Betriebsfläche:	283 ha	
davon landwirtschaftlich genutzte Fläche:	236 ha	
davon: Ackerland insgesamt	85 ha	
darunter: Getreidebau	36 ha	
Hackfruchtbau	20 ha	
Feldfutterbau	24 ha	
Wiesen und Weiden	98 ha	
Klein- und Hausgärten und landwirtschaftliche Kleinbetriebe:	1.064	
Gesamtfläche	59 ha	
Forsten und Holzungen am 23.5.1950	2.168 ha	
 3.) <u>Viehbestand am 2.12.1950</u>		
Pferde	24	
Rinder insgesamt	136	
davon: Kühe insgesamt	112	
zur Milchleistung		
und Arbeit	29	
Schweine	249	



Am 28. März 1945 erfolgte dann der erste Großangriff auf die Stadt. Von 11,05 bis 11,10 Uhr, innerhalb 5 Minuten, warfen etwa 75 Flugzeuge bei bedecktem Himmel ohne jede Sicht aus etwa 2.000 m Höhe 300 Bomben auf das Stadtgebiet, hauptsächlich die Unterstadt, und 92 Bomben außerhalb des engeren Stadtgebietes, und zwar vom Hohen Birstein bis zum Schützenplatz, in der Wüste und auf den Kreuzberg. Die Bomben auf das Stadtgebiet fielen in 5 Teppichen so überraschend und so unmittelbar anschließend an den Alarm, daß von der Bevölkerung nur ein geringer Teil in den Stellen war. Die Folge davon war die ungewöhnlich große Zahl von Toten. Der Angriff forderte 125 Tote, vermißt blieben 11 Personen; an den Folgen ihrer Verletzungen durch Bomben- und sonstige Splitter starben in den nächsten Tagen noch 23 Personen, davon 5 im Krankenhaus in Attendorn, weil Krankenhäuser und Lazarette in Olpe überfüllt waren.

Die Häuser im Stadtzentrum = Kölner-, Martin-, Bahnhof- und Kurfürst-Heinrich-Straße, Auf der Mauer sowie in Weierhohl wurden zum großen Teil ein Raub der durch die Bombardierung verursachten Flammen. Die Brandherde hatten einen Umfang angenommen, daß ihre Bekämpfung trotz übermenschlicher Leistungen der eingesetzten Freiwilligen Feuerwehr Olpe, eines Löschzuges der Kölner Feuerwehr, der Feuerschutzpolizei der Freiwilligen Feuerwehr Erkelenz und der Technischen Nothilfe Olpe unmöglich geworden war.

Die Martinus-Pfarrkirche hatte schwere Bombenschäden erlitten. Der Südturm neigte sich nach 2 Tagen so stark, daß er gesprengt werden mußte. Die Kapelle des Mutterhauses der Armen Franziskanerinnen wurde bereits bei dem Angriff am 28.3.1944 schwer beschädigt.

Karfreitag, der 30. März 1945, brachte mit einem neuen Fliegerangriff neues Elend und neues Leid über die Stadt. 12 Bomben fielen in das Gebiet der oberen Frankfurter Straße, auf die Mauer, in das Weierhohl, in die Bahnhof- und Martinstraße, 60 Bomben auf's "Stötchen". Dieser Angriff forderte nochmals 12 Tote, darunter allein 6 Tote aus einer Familie der Frankfurter Straße.

Durch die Auswirkungen der wiederholten Bombenangriffe waren die Hauptverkehrsstraßen in Olpe unbefahrbar geworden. Bahnhofstraße, vordere Martinstraße, untere Kölner Straße, Weierhohl und Auf der Mauer waren erheblich beschädigt.

Am 8. April 1945 begann vereinzelter Artilleriebeschuß auf Olpe, der sich am 9. April zwischen 17 und 19 Uhr verstärkte, und zwar in der Hauptsache auf die Oberstadt, wo im Keller des Amtsgerichts durch einen Volltreffer 4 Personen ums Leben kamen.

Am 9. April 1945 gegen 20 Uhr rückten die Amerikaner über Altenklausheim und Rhonard in den Außenteil der Stadt, am 10. April morgens erfolgte sodann die allgemeine Besetzung der Stadt, ohne daß es zu einem Widerstand kam.

## V. Verfassung und Stadtvertretung

### 1.) Zeitraum: 1.4.1940 - 9.4.1945.

Der letzte gedruckte Verwaltungsbericht wurde für das Jahr 1939 durch den damaligen Bürgermeister Schulte herausgegeben. Der zweite Weltkrieg hatte bereits begonnen, ihr warf schon seine Schatten auch auf das **kommunale Geschehen**.

Die Verfassung der Stadt Olpe beruhte auf der am 1. April 1935 in Kraft getretenen Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935. Sie hatte die demokratischen Prinzipien und dementsprechende parlamentarische Einrichtungen ausgeschaltet, dafür das sogenannte Führerprinzip, d.h. den Grundsatz der Einzelverantwortung, eingeführt. Diesem Grundsatz unterlag auch die Gemeindeverwaltung. Der NSDAP. war gesetzlich ein maßgeblicher Einfluß auf die Auswahl und etwaige Abberufung der leitenden Gemeindebeamten und der Gemeinderäte (Ratsherren) gegeben worden. Verantwortlicher Leiter der Gemeinde war der Bürgermeister, ihm standen die Gemeinderäte (Ratsherren) beratend zur Seite. Diese Gemeindeverfassung war auch in der Stadt Olpe uneingeschränkt bis zum Einmarsch der Amerikaner am 9. April 1945 maßgebend.

Die Geschichte der Stadt legen dementsprechend in den Jahren 1940 bis zur Besetzung durch die Amerikaner in der Hand des damaligen Bürgermeisters Theodor Schulte. Er hat aber die Bürgermeistergeschäfte praktisch nur bis zum 14.4.1943 ausgeübt. Von diesem Zeitpunkt ab war er zur Dienstleistung bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid abgeordnet und ab 4.4.1944 mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Amtsbürgermeister der Anter Bergeln-Schwefe und Distinghausen in Soest beauftragt. Die Vertretung als Bürgermeister der Stadt Olpe führte vom 14.-30.4.1943 der 1. Beigeordnete Ignatz Müller. Ab 1. Mai 1943 wurde der Amtsbürgermeister Josef Kurr. aus London mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bürgermeisters der Stadt Olpe beauftragt.

Berufen waren:

- Fabrikant Ignatz Müller als 1. Beigeordneter
- Malermeister Wilhelm Rogge als 2. Beigeordneter

und als Ratsherren:

- Direktor Walther Ruegenberg
- Rektor Heinrich Besken
- Forster Wilhelm Liebelhaus
- Amtsgerichtsrat Wilhelm Wörner
- Kreisamtsleiter Kurt Frühling
- Kraftfahrer Paul Leu
- Lagerist Paul Lonne
- D.N.P.-Kreisobmann Max Gillies.

Walther Ruegenberg schied am 10.5.1940 durch Tod aus. Amtsgerichtsrat Wörner wurde am 14.7.1942 zum Wehrdienst einberufen.

In der Zeit vom 1. April 1940 bis 9. April 1945 haben 23 Sitzungen der Ratsherren stattgefunden, die letzte am 26. September 1944.

2.) Zeitraum: 10.4.1945 - 31.3.1946

Nach schweren Wochen und Monaten wurde Olpe am 28. und 30. März 1945 durch Fliegerangriff hart getroffen. Am 9. und 10. April 1945 rückten amerikanische Truppen in die Stadt ein.

Die bisherige Gemeindeverfassung wurde durch die Amerikaner praktisch abgeschafft. Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bürgermeisters betraute Amtsbürgermeister Wurm wurde am 12.4.1945 durch die Besatzungsmacht seines Amtes enthoben. Nachdem der 1. Beigeordnete Ignatz Müller die Geschäfte einige Tage geführt hatte, wurde der aus Köln nach hier evakuierte Kaufmann Dr. Heinrich Spieß mit der Leitung der Stadt beauftragt. Er übte seine Funktion aber nur kurze Zeit aus.

Am 1. Mai 1945 wählte ein aus Bürgern der Stadt gebildeter Ausschuß den früheren Arbeitsamtsdirektor Josef Schrage zum Bürgermeister. Er wurde am gleichen Tage von der alliierten Militär-Regierung als Bürgermeister bestätigt und in sein Amt eingeführt. Nach Entlassung der bisherigen Ratsherren berief er alsbald Bürger der Stadt zur Mitarbeit. Diesem beratenden Ausschuß gehörten an:

Bürgermeister a.D. Semmerhoff  
Sägewerksbesitzer Dr. Paul Heuvel  
Fabrikant Herbert Kemper  
Fabrikant Dr. Tonis Müller  
Arzt Dr. Erich Junker  
Bauunternehmer Emil Feldmann  
Invalide Engelhard Janssen  
Dreher Franz Vollmer  
Former Hubert Scherer  
Kreisobersekretär a.D. Hermann Klein  
Postschaffner Josef Ruttmann  
Schmelzer Emil Ohm.

Die erste Sitzung dieses Ausschusses fand am 9. Juni 1945 statt. Später wurde der Ausschuß, der zunächst noch keine gewählte und gesetzlich verankerte Körperschaft war, durch folgende Mitglieder erweitert:

Metzgermeister Josef Mertens  
Maschinenformer Johann Ledig  
Oberlokfürer Otto Ohlgart  
Ingenieur Willi Zahn  
Elektromeister Franz Josef Harnischmacher  
Walzarbeiter Josef Arens  
Lokführer Ernst Winkel  
Redakteur Josef Tump.

Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde und Zustimmung der Militär-Regierung wurde der Stadtbahnkontrollleur a.D. Hans Schuh zum 1. Beigeordneten und der Baumeister Emil Feldmann zum Beigeordneten berufen. Ihre Einführung und Verpflichtung erfolgte am 1.2.1946.

Am 4. März 1946 wurde die auf Grund der neuen Verfassungsbestimmungen entworfene Satzung angenommen und die danach gebildete Stadtvertretung in ihr Amt eingeführt. Dieser Stadtvertretung gehörten an:

- Herbert Kemper
- Dr. Tonis Müller
- Dr. Paul Heuvel
- Emil Feldmann
- Franz Vollmer
- Hubert Scherer
- Johannes Ledig
- Engelhard Janoson
- Emil Ohm
- Josef Ruttmann
- Hermann Klein
- Dr. Erich Junker
- Josef Mertens
- Otto Ohlgart
- Franz Josef Harnischmacher
- Willi Zahn
- Ernst Winkel
- Josef Tump
- Anton Klein
- Fritz Adam
- Albert Lütticke
- Paul Globke
- und der 1. Beigeordnete Hans Schph.

3.) Zeitraum: 1.4.1946 - 15.9.1946

Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30.1.1935, die bisher schon praktisch als aufgehoben gelten konnte, wurde durch die Militärregierung für das Britische Kontrollgebiet mit Verordnung Nr. 21 vom 1. April 1946 formell geändert. Sie wurde als revidierte Deutsche Gemeindeordnung wieder in Kraft gesetzt. Die eingangs erwähnten nationalsozialistischen Grundsätze waren ausgeschieden worden. Dieses neue Gemeindeverfassungsgesetz brachte nach englischem Vorbild die Ratsverfassung mit doppelter Spitze. Vorsitzender der Vertretung ist der auf 1 Jahr gewählte politische ehrenamtliche Bürgermeister, dessen Aufgabe darin besteht,

- a) als primus inter pares den Vorsitz in der Stadtvertretung zu führen,
- b) in dringenden Fällen ein Notbeschlussrecht zu handhaben,
- c) für die Stadt die Repräsentation auszuüben.

Die zweite Spitze ist der Hauptgemeindebeamte, in Olpe mit der Amtsbezeichnung "Stadtdirektor". Er ist der Chef der Verwaltung und der Stadtvertretung für die Durchführung ihrer Beschlüsse und die Erledigung der vom Staate übertragenen Auftragsangelegenheiten verantwortlich.

Der bisherige berufsmäßige und beamtete Bürgermeister, der in seiner Person Vorsitzender der Stadtvertretung und Leiter der Verwaltung war, wurde damit abgeschafft.

Bürgermeister Schrage, der letzte berufsmäßige Bürgermeister, schied am 22. April 1946 aus, um seiner Berufung als Landrat des Kreises Olpe zu folgen.

Die am 4. März 1946 gebildete Stadtvertretung wurde auch auf Grund des neuen Gemeindeverfassungsrechtes von der Militärregierung bestätigt. Zum Vorsitzenden der Stadtvertretung mit der Bezeichnung Bürgermeister nach neuem Recht wählte die Stadtvertretung am 6. März 1946 den Kaufmann Dr. Adolf Bieker. Er wurde am 22. April 1946, in der letzten unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Schrage stattgefundenen Sitzung der Stadtvertretung, feierlich in sein Amt eingeführt.

In der Sitzung der Stadtvertretung am 6. März 1946 wurde der Stadtoberinspektor Josef Klein zum Stadtdirektor gewählt.

Die Stadtvertretung trat in der Zeit vom 1.4. bis 15.9. 1946 zu 6 Sitzungen zusammen.

4.) Zeitraum: 15.9.1946 - 17.10.1948

Am 15. September 1946 wurden erstmalig seit 1933 wieder in freier, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl die Mitglieder der Stadtvertretung gewählt. In dieser Wahl entfielen auf

<u>CDU</u>	<u>Zentrum</u>	<u>SPD</u>	
14	2	2	Sitze

Gewählt wurden:

1. Adam, Franz, Winterbergstr. 67	CDU
2. Gummersbach, Hugo, Franz-Hitze-Str. 3	"
3. Kämpfer, Hermann, Imbergstr. 41	"
4. Miller, Karl Georg, Biggestr. 28	"
5. Ohlgart, Otto, Franz-Hitze-Str. 8	"
6. Feldmann, Emil, Maria-Theresia-Str. 51	"
7. Heuel, Agnes, Rochusstr. 2	"
8. Miller, Eduard, Sandstr. 4	"
9. Miller, Franz, Bergstr. 22	"
10. Ledig, Johann, Westfälische Str. 42	"
11. Liese, Toni, Vellmickestr. 37	"
12. Halsband, Josef, Biggestr. 24	"
13. Vollmer, Franz, Sandstr. 4	"
14. Bieker Dr., Adolf, Rhoder Weg	"
15. Lackner, Franz, Maria-Theresia-Str. 42	SPD
16. Maus, Wilhelm, Bergstr. 62	"
17. Batho, Franz, Kortemickestr. 48	Z
18. Rosenthal, Robert, Frankfurter Str. 9	"

Die Stadtverordneten wurden in der Sitzung am 14.10.1946 in ihr Amt eingeführt.

Nachdem Bürgermeister Dr. Bieker erklärt hatte, daß er das Amt als Bürgermeister aus gesundheitlichen und beruflichen Gründen nicht länger führen könne, wählte die Stadtvertretung in derselben Sitzung den Stadtverordneten Franz Adam zum Bürgermeister. Als Erster Beigeordneter wurde Dr. Adolf Bieker, als Beigeordneter Franz Lackner gewählt.

Im Februar 1947 stellte Dr. Adolf Bieker seine Ämter als Erster Beigeordneter und Stadtverordneter zur Verfügung. Die Stadtvertretung erteilte durch Beschluß vom 27.2.1947 ihre Zustimmung. Nachfolger als Stadtverordneter wurde Wilhelm Dahlenkamp (CDU). Zum Ersten Beigeordneten (Stellvertreter des Bürgermeisters) wählte die Stadtvertretung am 21.8.1947 den Stadtverordneten Tonis Liese.

Die Stadtvertretung ist insgesamt zu 21 Sitzungen zusammengetreten.

5.) Zeitraum: 18.10.1948 - 1.11.1952

Die nächsten Gemeindewahlen waren am 17.10.1948. Hierbei entfielen auf

CDU	Zentrum	SPD	Sitze
8	6	4	

Gewählt wurden:

- 1. Köster jun., Eduard, Franziskanerstr. 15 CDU
- 2. Kämpfer, Hermann, Imbergstr. 41 "
- 3. Quast, Franz, Bahnhofstr. 9 "
- 4. Schindler, Hugo, Seminarstr. 43 "
- 5. Liese, Anton, Vellmickestr. 37 "
- 6. Ohlgart, Otto, Franz-Hitze-Str. 8 "
- 7. Adam, Franz, Winterbergstr. 67 "
- 8. Miller, Franz, Bergstr. 22 "
- 9. König, Hubert, Lindenhardt 4 Z
- 10. Bathe, Franz, Kortemickestr. 46 "
- 11. Schrage, Heinrich, Josefstr. 12 "
- 12. Feldmann, Josef, Imbergstr. 15 "
- 13. Weber, Karl, Olperhütte "
- 14. Beutlich, Franz, In der Wüste 16 "
- 15. Schuh, Hans, Frankfurter Str. 13 SPD
- 16. Voss, Wilhelm, Rochusstr. 7 "
- 17. Herzog, Albert, Am Gallenberg 20 "
- 18. Tump, Josef, In der Wüste 12 "

Karl Weber verzichtete sofort nach der Wahl auf seinen Sitz. Als nächster Bewerber auf der Reserveliste wurde an seiner Stelle Franz Stork, Westfälische Str. 83, in die Stadtvertretung berufen.

Die Einführung und Verpflichtung der Stadtverordneten fand am 5.11.1948 statt. In derselben Sitzung wählte die Stadtvertretung den Stadtverordneten Franz Stork zum Bürgermeister und den Stadtverordneten Hans Schuh zum Stellvertreter.

Bürgermeister Stork wurde auch bei den jährlichen Neuwahlen 1949, 1950 und 1951 wiedergewählt. Anstelle des Stadtverordneten Hans Schuh wurde 1950 der Stadtverordnete Anton Liese zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

Im Laufe der Wahlperiode schieden folgende Stadtverordnete aus:

- 1. Josef Feldmann
- 2. Franz Bathe
- 3. Josef Tump
- 4. Franz Miller
- 5. Heinrich Schrage.

An ihre Stelle wurden von der Reserveliste folgende neue Stadtverordneten berufen:

- |  |     |
|--|-----|
| 1. Ewald Allebrod, Westfälische Str. 88  | Z   |
| 2. Ernst Funke, Rhoder Weg 29            | "   |
| 3. Hubert Schrage, Martinstr. 66         | SPD |
| 4. Dr. med. Erich Junker, Seminarstr. 33 | CDU |

Für den verstorbenen Stadtverordneten Heinrich Schrage war auf der Reserveliste des Zentrums kein Ersatzbewerber mehr vorhanden. Der Sitz blieb deshalb frei.

Die Stadtvertretung bestellte folgende Ausschüsse:

- Haupt- und Finanzausschuß
- Gemeinschaftsausschuß für Stadt und Amt Olpe
- Bau- und Grundstückskommission
- Forstkommission
- Gemeindesiedlungsausschuß
- Ausschuß für die Stadtwerke
- Schlachthofkommission
- Volksschulbeirat
- Kommission für das höhere Schulwesen
- Wohlfahrtsausschuß
- Ortsausschuß für Jugendpflege
- Kulturausschuß
- Gesundheitskommission
- Wohnungskommission
- Entnazifizierungsausschuß.

Die Stadtvertretung hat insgesamt 28 Sitzungen abgehalten.

Am 12. September 1949 verschied nach langer Krankheit und 50-jähriger Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Olpe Stadt- und Amtsdirektor Klein. Zu seinem Nachfolger wurde in gemeinsamer Sitzung der Stadtvertretung und der Amtsvertretung Olpe am 15.11.1949 der bisherige leitende Bürobeamte, Stadtoberinspektor Paul Habel, einstimmig gewählt.

Aus Anlaß der Vollendung des 70. Lebensjahres wurde dem letzten hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt, jetzigen Landrat des Kreises Olpe und Landtagsabgeordneten Josef Schrage in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Stadt das Ehrenbürgerrecht der Stadt Olpe verliehen. Die Überreichung des Ehrenbürgerbriefes erfolgte am Vorabend des Geburtstages (6.5.1951) in einer öffentlichen Festsitzung der Stadtvertretung im Sitzungssaal des Rathauses.



In der Verwaltung (Verwaltungsgemeinschaft) - außer Städtische Sparkasse, Stadtwerke, Schlachthof, Oberschule, Polizei - wurden beschäftigt:

Jahr	Beamte		Angestellte		Beschäftigte		Davon entfallen auf Kriegsfolgsämter		Beschäftigte ohne Kriegsfolgsämter	
	ins- ges.	auf 1.000 Einw.	ins- ges.	auf 1.000 Einw.	ins- ges.	auf 1.000 Einw.	ins- ges.	auf 1.000 Einw.	ins- ges.	auf 1.000 Einw.
	1939	13	1,06	28	2,29	41	3,35	-	-	-
1948	13	0,86	40	2,64	53	3,50	15	0,99	38	2,51
1951	14	0,90	35	2,25	49	3,15	10	0,64	39	2,51

Unter den Beschäftigten befanden sich am 31.3.1951:

- a) Schwerbeschädigte:                    2 Beamte                    3 Angestellte
- b) Flüchtlinge:                            - Beamte                    5 Angestellte.

Im 2. Weltkrieg sind gefallen:

- Eduard Bergweiler
- Herbert Bonrath
- Karl-Heinz Michels
- Bernhard Nies
- Hubert Theisen.

Reinhold Hengstebeck ist noch vermißt.

VII. Standesamtlich beurkundete Personenstandsveränderungen.

Der Bezirk des Standesamtes Olpe umfasst die Stadt und das Amt Olpe.  
Es wurden beurkundet

1.) Geburten.

im Jahre	insgesamt	ehelich	unehnl.	Stadt Olpe			Amt Olpe und auswärtige
				insg.	Kn.	Mäd.	
1948	238	235	3	135	67	68	103
1949	278	275	3	154	82	72	124
1950	294	290	4	162	85	77	132
1951	287	280	7	143	79	64	144

2.) Eheschließungen.

im Jahre	insgesamt	Stadt Olpe	Amt Olpe und auswärtige
1948	110	132	88
1949	134	174	94
1950	148	186	110
1951	160	169	151

3.) Sterbefälle.

im Jahre	insges.	insg.	Stadt Olpe +)					Amt Olpe und auswärtige
			davon K.	S.	U.	T.	Kr.	
1948	147	83	7	1	3	2	70	64
1949	143	88	8	1	3	2	74	55
1950	172	98	14	4	7	4	76	74
1951	177	102	7	1	4	2	88	75

+ ) Kriegssterbefälle  
Selbstmorde  
Unglücksfälle  
Totgeburten  
Krankheiten

## VIII. Das Ordnungswesen

### 1.) Allgemeines

Durch die Anordnungen der Militärregierung aus dem Jahre 1945 wurden bezüglich der Polizeiverwaltung grundlegende Änderungen getroffen. Die Polizei wurde grundsätzlich von der Verwaltung getrennt und als Eigenbehörde neu aufgebaut. Die Aufgaben der früheren Verwaltungspolizei wurden den Gemeinden als "Ordnungsaufgaben" übertragen. Danach verblieben bei der Verwaltung folgende Gebiete:

- 1.) Gewerbeaufsicht
- 2.) Meldewesen
- 3.) Feuerschutz
- 4.) Wege- und Verkehrsaufsicht
- 5.) Feld- und Forstschutz, Jagd- und Fischereiaufsicht
- 6.) Allgemeine Gesundheitsaufsicht (Impfungen und Nahrungsmittelüberwachung)
- 7.) Veterinäraufsicht einschl. Schädlingsbekämpfung
- 8.) Sonstige Ordnungsaufgaben (u.a. Verkehr mit Waffen und Munition, Sprengstoffen, politische Angelegenheiten, Ausländerwesen, Anschlagwesen)

### 2.) Gewerbeüberwachung

a) Mit der Währungsreform lief auch im hiesigen Stadtbezirk das normale Gewerbeleben wieder an. Während bekanntlich vorher den Unternehmen aus Industrie, Handwerk und Handel die Aufrechterhaltung des Unternehmens oft wegen Mangel an Ware nur schwer möglich war, stand der freien Entfaltung nunmehr kein Hindernis entgegen. Dieses zeigte sich auch darin, daß während der Berichtszeit in der Stadt Olpe 207 neue Betriebe angemeldet worden sind.

Industrielle Betriebe	11
Einzelhandelsgeschäfte	60
Großhandelsunternehmen	37
Handwerksbetriebe	75
Sonstige	24

b) Auch der ambulante Handel und die Vertreterbetriebe haben erheblich zugenommen. So wurden im Laufe der Berichtszeit

80 Wandergewerbebescheine
40 Legitimationskarten

beantragt bzw. ausgestellt.

c) Bald nach der Währungsreform stellte sich das dringende Bedürfnis ein, einen regelmäßigen Wochenmarkt in Olpe einzurichten. Nachdem zunächst die Regelung etwas ungeordnet verlief, wurde am 15.2.1951 eine neue Marktordnung erlassen. Der Umsatz und die von Woche zu Woche zunehmende Zahl von Händlern und Besuchern beweist, welcher Beliebtheit sich der Olper Wochenmarkt allgemein erfreut. Diese Tatsache wirkt sich bei den zu erhebenden Marktstandgeldern aus. In den Jahren 1948 - 51 wurden folgende Beträge eingenommen:

1948	81,00	DM
1949	1249,00	"
1950	1970,00	"
1951	1975,00	"

- d) Nachdem während der Kriegszeit und in den Nachkriegsjahren bezüglich der Eichung von Maßen und Gewichten nichts getan werden konnte, wurde in den Jahren 1949 und 1951 eine Neueichung durch das Eichamt in Siegen durchgeführt. Die anschließend vorgenommenen Prüfungen hatten jedoch ein schlechtes Ergebnis. Der größte Teil der eichpflichtigen Betriebe hatte die gegebenen Möglichkeiten nicht wahrgenommen und sich an der Neueichung nicht beteiligt. Um eine Bestrafung der meisten Olper Geschäftsleute zu verhindern, wurde zu Beginn des Rechnungsjahres 1952 auf Veranlassung des Ordnungsamtes vom Eichamt Siegen eine einmalige Sondereichung vorgenommen, der, wie festgestellt werden konnte, dann der größte Teil der Eichpflichtigen nachgekommen ist.
- e) Im Rahmen der Nahrungsmittelüberwachung, über die im einzelnen später noch zu sprechen ist, aber auch im Wege der Gewerbeaufsicht hat während der Berichtszeit ein Teil der Gewerbebetriebe einer besonderen Überwachung unterlegen. So haben regelmäßig durch den Kreisveterinärarzt in Verbindung mit dem Ordnungsamt Überprüfungen der Metzgereien stattgefunden. Die Bäckereien wurden von der Polizei und dem Ordnungsamt beaufsichtigt, während die Händler mit unedlen Metallen durch den Außendienstangestellten des Ordnungsamtes bezüglich ihrer Buchführung laufend kontrolliert wurden.

### 3.) Feuerschutz

Obwohl durch die wiederholten Kriegseinsätze und die Tatsache, daß das stark mitgenommene Material während des Krieges und in der Nachkriegszeit nicht in dem notwendigen Umfange erneuert werden konnte, der Einsatz der Feuerwehr mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war, konnte die Wehr bei folgenden Bränden erfolgreich tätig werden:

#### 1949

- 26.3. Waldbrand bei Niederstenhammer
- 27.3. Waldbrand zwischen Heger und Siedenstein
- 2. 6. Dachstuhlbrand in Gerlingen
- 8.6. Hausbrand in Lüttringhausen
- 30.8. Lagerbrand in Olpe
- 6.9. Waldbrand bei Rosenthal
- 16.9. Scheunenbrand in Scheda

#### 1950

- 25.1. Kaminbrand in Olpe
- 8.2. Brand einer kleinen Fabrik in Drolshagen
- 14.5. Waldbrand in Oberveischede
- 25.5. Waldbrand
- 31.5. Brand eines Kraftfahrzeuges bei Neuenwald
- 4.6. Waldbrand bei Kirchschuhl
- 2.7. Brand in einer Gärtnerei in Olpe
- 25.11. Kaminbrand in Olpe
- 28.12. Dachstuhlbrand in Olpe
- 31.12. Fabrikbrand in Lüttringhausen

#### 1951

- 25.3. Dachstuhlbrand in Stade
- 19.5. Hausbrand in Dahl
- 21.5. Kaminbrand in Sondern
- 16.6. Waldbrand in Berlinghausen
- 30.8. Sturmschaden bei Massenhammer

Bei diesen Einsätzen hat sich herausgestellt, daß die Wehr der Stadt Olpe außergewöhnlich schnell einsatzbereit ist.

Positiv kann ferner gesagt werden, daß nach der Währungsreform viele neue Anschaffungen gemacht und das vorhandene Material einer eingehenden Erneuerung unterzogen wurde. So wurden im Berichtszeitraum u.a. rd. 8.000,- M für Neuanschaffungen ausgegeben.

Negativ wirkte sich in mehrerer Hinsicht, u.a. in der Unterbringung von Material und Ausrüstung, die Tatsache aus, daß das Olper Feuerwehrgerätehaus in keiner Weise mehr den Anforderungen, die an diese gestellt werden müssen, gerecht wird. In Erkenntnis dieser Sachlage ist der Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses beabsichtigt. Diesem Zweck wurden bisher als Baurücklage 7.774,91 DM zugeführt.

#### 4.) Weg- und Verkehrsaufsicht

Im Einvernehmen mit dem Bauamt und der Polizeistation Olpe wurde die Verkehrsaufsicht durchgeführt. Die Möglichkeit, die Beschilderung nach Bedarf zu erneuern bzw. überhaupt neu durchzuführen, hat die Verkehrssicherheit innerhalb des Stadtgebietes erheblich verbessert. Sie wird laufend überprüft. Dadurch ist gewährleistet, daß das Bestmögliche getan wird, um Unfälle und sonstige Verkehrsbeeinträchtigungen zu verhindern.

Die Wegeaufsicht wird ebenfalls in Zusammenarbeit mit den beiden vorher genannten Dienststellen laufend durchgeführt.

#### 5.) Feld- und Forstschutz, Jagd- und Fischereiaufsicht

Das Hauptarbeitsfeld aus dem Gebiet des Feld- und Forstschutzes und der Jagd- und Fischereiaufsicht liegt in der Bearbeitung von Wildschäden. Während zu Beginn des Berichtszeitraumes noch das Land für die Bezahlung der Wildschäden in Frage kam, änderte sich dieses im Mai 1951. Zu diesem Zeitpunkt stellte der Minister fest, daß die Jagdhohheit weitgehendst wieder in deutsche Hände zurückgegangen sei und die meisten Pächter ihr Jagdrecht wieder in vollem Umfange ausüben könnten. Aus diesem Grunde wurde die nach dem RJG. angeordnete Regelung wieder eingeführt, nach der für die Wildschäden der Jagdpächter aufzukommen hat. Die auftretenden Wildschäden waren zu 95 % durch Schwarzwild hervorgerufen. Sie sind in den einzelnen Jahren vor allen Dingen im Amtsbezirk sehr stark aufgetreten.

Ähnlich wie bei der Jagd war die Entwicklung bei der Fischerei, wo im Laufe des Berichtszeitraumes die Rechte immer mehr an die deutschen Pächter zurückgegeben wurden. So konnten im Laufe der Berichtszeit folgende Jahresfischereischeine ausgegeben werden:

1948	7
1949	35
1950	28
1951	36

#### 6.) Allgemeine Gesundheitsaufsicht

Die Tätigkeit des Ordnungsamtes erstreckt sich hier im wesentlichen auf

- a) Veranlassung der Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten

- b) die technische Durchführung der Pockenschutzimpfung
- c) die Nahrungsmittelüberwachung

zu a) Der nebenamtlich für das Ordnungsamt tätige Desinfektor hat im Laufe der Berichtszeit bei den nachstehend dem Ordnungsamt gemeldeten Fällen ansteckender Krankheiten Desinfektionen durchgeführt:

Bezeichnung der Krankheit	1948 ab 21.6.	1949	1950	1951	1952 (31.3.)	zus.
Scharlach	4	1	14	9	6	34
Diphtherie	-	1	-	3	-	4
Typhus	5	7	12	18	-	42
Kinderlähmung	-	-	-	-	-	-

zu b) In Zusammenarbeit mit dem Kreisgesundheitsamt wurden auch während des Berichtszeitraumes jährlich die gesetzlich vorgeschriebenen Pockenschutzimpfungen durchgeführt.

zu c) Ein äußerst wichtiger Punkt der Gesundheitsaufsicht ist die laufende Nahrungsmittelüberwachung. Während des Berichtszeitraumes wurden ca. 450 Lebensmittelproben und ca. 180 Milchproben den hiesigen Geschäften entnommen und dem Chemischen Untersuchungsamt in Siegen eingesandt. Bei einem erheblichen Teil kam es zu Beanstandungen und auf Grund dieser zu Strafanträgen.

### 7.) Veterinäraufsicht und Schädlingsbekämpfung

a) Die Veterinäraufsicht erstreckt sich hauptsächlich auf die Abwehrmaßnahmen bei auftretenden Vieh- und Tierseuchen, die im Verein mit dem Kreisveterinärarzt durchgeführt werden. In den weitaus meisten Fällen haben wir es mit Maul- und Klauenseuche und Hühnerpest zu tun gehabt. Größere Schäden sind bisher nicht aufgetreten.

b) Die Schädlingsbekämpfung, die sich vor allen Dingen auf die Bekämpfung des Kartoffelkäfers erstreckte, mußte in den Nachkriegsjahren mit ganz besonderer Sorgfalt durchgeführt werden. Während es im Kriege und auch in den ersten Jahren danach noch möglich war, eine Bekämpfung durch Absuchen durchzuführen, war dieses in den letzten Jahren vollkommen ausgeschlossen. Als Beispiel mag die Tatsache dienen, daß an einem Sondersuchtag, nämlich am 15.9.1951, von den Volksschulen des Stadt- und Amtsbezirks 30.000 gefundene Käfer gezählt wurden. Denn man dabei berücksichtigt, daß dieses nur ein Teil der Schädlinge war, so wird man sich die Verbreitung des Kartoffelkäfers vor Augen führen können.

Zur Bekämpfung des Schädlings stehen der Stadt- und Amtsverwaltung z.Zt. folgende Geräte zur Verfügung:

- 5 Gespannspritzen
- 2 Karrenspritzen
- 108 Rückenspritzen
- 1 Bestäubungsgerät

Mit diesen wurden im Jahre 1951 insgesamt rd. 55 ha = 140 Morgen befallene Kartoffelanbaufläche gespritzt.

### 8.) Fundsachen

In der Berichtszeit wurden beim Ordnungsamt folgende Fundsachen

abgegeben:

1948	42
1949	82
1950	119
1951	126,

die aber nur zum Teil wieder ausgehändigt werden konnten. Die noch verwendbaren Bekleidungsstücke aus den Fundsachen wurden dem Flüchtlingsamt zur Verfügung gestellt.

9.) Kriegsgräber

Von der Stadtverwaltung werden laufend 284 Kriegsgräber betreut. Diese verteilen sich auf den katholischen und evangelischen Friedhof und werden durch den Stadtgärtner in Ordnung gehalten. Die Kosten werden im wesentlichen durch das Land ersetzt.

10.) Kriegegefangene und Vermisste

Auch im hiesigen Bezirk sind noch immer viele Personen als vermisst oder in Kriegegefangenschaft gemeldet. Am 31.3.1952 waren es im Stadtbezirk noch 253 Männer und Frauen.

## IX. Das Schulwesen

### 1.) Höhere Schulen

#### a) Städt. Neusprachl. Gymnasium

##### aa) Ausbau zur Vollenstalt

Die Verhältnisse auf dem Gebiet des höheren Schulwesens im Kreise Olpe bedurften seit langem einer Klärung. Die in Olpe bestehende Oberschule für Jungen (Klasse 1 - 6) war Zubringeranstalt des Attendornener Gymnasiums. Die hohe Zunahme der Schülerzahlen führte in Attendorn zur Bildung von Doppelzügen in der Oberstufe. Die Anstalt wurde aus der Stadt Olpe und seinem Einzugsgebiet beschickt. Es wurde daher 1946 erneut erwogen, die Zubringerschule in Olpe in eine Vollenstalt umzuwandeln. Diese Errichtung einer Olper Jungen-Vollenstalt war bereits seit Jahrzehnten geplant. 1932 wurde die Anstalt als Realgymnasium vom Schulkollegium Münster gebilligt, nachdem die Stadt Attendorn ihre Bedenken fallen gelassen hatte. Die Zustimmung des Ministeriums ist allerdings wegen des politischen Umsturzes ausgeblieben. Auch in späteren Jahren, zuletzt noch im Kriege, wurde die Berechtigung der Olper Wünsche vom Schulkollegium anerkannt.

Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Schulkollegium in Münster und mit der Stadt Attendorn erklärte sich endlich im August 1947 Attendorn bereit, auf die Olper Vorschläge einzugehen. Und zwar sollte der bisher an der Oberschule in Attendorn geführte zweite Zug der Oberstufe nach Olpe übergeführt werden mit der Maßgabe, daß - falls im Kreise Olpe nur noch ein Zug geführt werden kann - dieser Zug immer in Attendorn verbleiben würde.

Die Stadt Olpe erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden. Hierauf konnte Ostern 1948 mit Genehmigung des Kultusministeriums vom 19.3.1948 die 7. Klasse an der Oberschule in Olpe eingerichtet und somit der Grundstock zur Vollenstalt gelegt werden.

1950 legten dann zum ersten Male 13 Schüler die Reifeprüfung ab.

##### bb) Gebäude und Einrichtung

Das Städt. Neusprachl. Gymnasium wurde nach dem Zusammenbruch in dem in den Jahren 1912-1914 für das damalige Lehrerseminar errichteten staatlichen Gebäude untergebracht. Über die Benutzung dieses Gebäudes sowie der Einrichtungsgegenstände sind verschiedene Verträge abgeschlossen worden. An Miete sind jährlich 10.349,40  $\text{M}$  an den Staat zu zahlen.

##### cc) Lehrpersonen

Vor Ausbau zur Vollenstalt bestand der Lehrkörper aus

- 1 Oberstudienrat
- 5 Studienräten
- 1 Oberschullehrer

Der Religions- und Musikunterricht wurden nebenamtlich erteilt.

Nachdem Oberstudienrat Haffner 1949 in den Ruhestand versetzt wurde, leitet seit dem Sommer 1950 der Oberstudienrat

diendirektor Franz "und das städtische Gymnasium.

In Lehrkräften stehen ihm zur Verfügung:

- 9 Studienräte
- 3 Studienassessoren
- 1 Oberschullehrer

Der seit Ostern 1950 an dem städtischen Gymnasium tätige Geistliche Studienassessor Dahn wurde mit Wirkung vom 5.4.1951 zum Studienrat ernannt.

Nebenamtlich werden der evgl. Religionsunterricht und der Musikunterricht erteilt.

#### dd) Schülerzahlen

Im Jahre 1948 besuchten	413
1949	364
1950	317
1951	301 Schüler das Gymnasium.

Der Rückgang der Schülerzahl ist

- a) durch die sich erst jetzt auswirkenden Kriegsverhältnisse bedingt,
- b) auf die wirtschaftlichen Auswirkungen derährungsreform zurückzuführen.

In den Jahren 1950 und 1951 legten jeweils 13 Schüler ihre Reifeprüfung ab.

Im Einzugsgebiet des städtischen Gymnasiums Olpe wohnen ca. 40.000 Personen; davon entfallen auf die Stadt Olpe 10.000. Es ist daher erklärlich, daß 49 % der Schüler nicht in der Stadt Olpe wohnen.

Die auswärtigen Schüler (Rechnungsjahr 1950) verteilen sich auf	
den Landkreis Olpe	116 Schüler
" Siegen	27 "
" Altenkirchen	8 "
" Alvens	1 "
Oberbergischer Kreis	4 "
insgesamt	156 Schüler.

#### b) St. Franziskus-Schule

Die Genossenschaft der armen Franziskanerinnen ist nicht in der Lage, die Schule aus eigenen Mitteln zu unterhalten. Allein dadurch, daß der Nachwuchs an jungen Ordenslehrkräften durch den Nationalsozialismus ganz unterbunden war und andere Ordenslehrkräfte infolge ihres Alters ausscheiden mußten, fehlten der Schule 10 akademische und 5 andere Lehrkräfte. Es mußten daher weltliche Lehrer eingestellt werden, die die Ausgabenseite des Etats erheblich erhöhten.

Die Stadt Olpe gewährte daher als Zuschuß im Rechnungsjahr 1948 3.000,-- M., 1949 5.000,-- M. und ab 1.4.1950 10.000,-- M. jährlich.

## 2.) Volksschulen

### a) Allgemeines

Im Dritten Reich bestand in der Stadt Olpe nur eine Gemeinschaftsschule. Ostern 1946 wurden die konfessionellen Volksschulen wieder eingeführt. Die katholische Schule verblieb im Gebäude am Imberg, die evangelische Schule - bestehend aus 3 Klassen - bezog einige Räume im Schulgebäude der Oberschule. Das Volksschulgebäude am Imberg war als 24-klassige Schule projektiert. Zur Ausführung gekommen ist nur ein Gebäudeteil mit 15 Schulklassen, dazu der Zeichensaal im Dachgeschoß. Die kath. Volksschule umfaßt mit rd. 1.300 Kindern 27 Schulklassen, die in diesen 14 Klassenräumen in zweischichtigen Unterricht untergebracht werden mußten. Daß dieser unhaltbare Zustand schnellstens beseitigt werden mußte, liegt auf der Hand.

### b) Neubau einer Volksschule am Hohenstein

Ingegensicht dieser Verhältnisse blieb nur eine Lösung, nämlich der Neubau einer zweiten kathl. Volksschule übrig. 1948 wurde daher der Entschluß gefaßt, ein zweites, 10-klassiges Schulgebäude in der östlichen Stadthälfte, und zwar am Hohenstein, zu errichten.

Obwohl die Finanzierung des Neubaus zunächst nicht restlos gesichert werden konnte, - die Gesamtkosten einschl. Einrichtung belaufen sich auf rd. 670.000,- M - wurde 1949 mit dem Bau begonnen. Am 2. Dezember 1949 fand bereits die Grundsteinlegung statt, der am 21. Juli 1950 das Richtfest folgte. Im Januar 1952 konnte das Gebäude seiner Zweckbestimmung übergeben werden. Damit sind die Schulverhältnisse der katholischen Bevölkerung in Olpe auf längere Zeit bestens geregelt.

### Finanzierung des Neubaus

1.) Schulbau-Sofortprogramm	370.000 M
2.) Ergänzungszuschüsse	128.000 "
3.) Kreisschulbaurücklage	7.500 "
4.) Beitrag der Stadt Olpe	164.500 "
	<hr/>
Gesamtkosten:	670.000 M
	<hr/>

### c) Lehrpersonen

Am 1. Mai 1949 hat sich die Zahl der Schulstellen von 23 auf 27 erhöht, und zwar 23 Stellen an der katholischen Volksschule und 4 Stellen an der evangelischen Volksschule. Mit Wirkung vom 1.9.1950 wurden noch zwei weitere Stellen an der kath. Volksschule eingerichtet. Stand 1951:

<u>Kath. Volksschule:</u>	Rektorstelle	1	
	Konrektorstelle	1	
	sonstige Lehrerstellen	15	
	techn. Lehrerinnenstellen	2	
	sonstige "	6	25
		<hr/>	
<u>Evgl. Volksschule:</u>	Hauptlehrerstelle	1	
	sonstige Lehrerstellen	2	
	sonstige Lehrerinnenst.	1	4
		<hr/>	
			29
			<hr/>

d) Schülerzahlen

		Kinder	davon Flüchtlinge
<u>1948</u>	Kath. Volksschule	1.176	80
	Evgl. "	174	80
		<hr/>	<hr/>
		1.350	160
<u>1949</u>	Kath. Volksschule	1.328	94
	Evgl. "	191	121
		<hr/>	<hr/>
		1.519	215
<u>1950</u>	Kath. Volksschule	1.300	82
	Evgl. "	198	100
		<hr/>	<hr/>
		1.498	182
<u>1951</u>	Kath. Volksschule	1.268	107
	Evgl. "	210	105
		<hr/>	<hr/>
		1.478	212

e) Volksschullasten

Die Aufwendungen für die Volksschulen der Stadt Olpe betragen:

1949	64.034,-- M
1950	90.600,-- M
1951	117.600,-- M

Nach Abzug der Einnahmen (Ergänzungszuschüsse usw.) verblieb ein Fehlbedarf in Höhe von:

1949	56.454,-- M
1950	81.000,-- M
1951	114.000,-- M

Die Kosten der Lehrerbeseoldung trägt das Land Nordrhein-Westfalen.

) Berufsschulen

Der Träger der Berufsschulen ist der Landkreis Olpe.

Der Bäckerinnungsverband Westfalen verlegte im Jahr 1948 die Erste deutsche Bäckerfachschule in das von der Stadt Olpe erworbene ehemalige Haus Brink an Imberg.

Schulspeisung

In den Jahren 1946 bis 1951 wurde eine Schulspeisung durchgeführt.

## X. Die Kulturarbeit

Nach dem Zusammenbruch wurde darauf geachtet, daß neben den Sorgen um das körperliche Wohlergehen nicht das Geistige vernachlässigt würde. In der Erkenntnis, daß immer - in welcher Lage es auch sei - die geistige Einstellung entscheidet, war man bestrebt, auf dem Gebiet der "Kultur" das Bestmögliche zu bieten.

In der ersten Zeit nach 1945 versuchten minderwertige, in manchen Fällen sogar die Jugend stark gefährdende Varietés, Schauspiel- und Tanzgruppen in der Stadt Fuß zu fassen. Durch klare Sichtung wurden die guten Veranstaltungen ausgewählt, andere <sup>abgelehnt</sup> und sogar in Verbindung mit übergeordneten Stellen zum Schweigen gebracht.

Schon bald nach dem Zusammenbruch fand sich eine Wanderbühne ein und zwar das damals unter der vorzüglichen Leitung des Intendanten Phil. Vogel aufstrebende Westdeutsche Landestheater, das regelmäßig in monatlichen Abständen Olpe bespielte. Das Kultusministerium Düsseldorf hatte den Wert dieses Theaters und die gute Leitung erkannt und erreichte, daß dieses Theater unter der gleichen Leitung des Intendanten Phil. Vogel ins Rheinische Landestheater aufging. Im Vorstand dieses Theaters hat Olpe einen Sitz.

Wie überall, so ging auch hier der Theaterbesuch nach der Währungsreform sehr stark zurück, wodurch die große Theaterkrise heraufbeschworen wurde. Aber durch intensives Werben, durch Hinweise in der Presse und durch Rundschreiben besserte sich die Lage zusehend so daß heute in Olpe Theaterfreudigkeit besteht und daß heute trotz der schlechten Saalverhältnisse mit vollem Hause gerechnet werden kann.

Neben Theateraufführungen führte der Olper Kulturdrang zur Pflege der guten Musik. Olper Musikvereine: Orchesterverein, Gemischter Chor, M.G.V. Cäcilia, Musikkorps der Freiwilligen Feuerwehr (und nun auch ein Trommler- und Pfeiferkorps) erreichten vorzügliche Aufführungen an Oratorien und Konzerten weltlicher und kirchl. Art. Das Musikkorps der Freiwilligen Feuerwehr errang 1951 und 1952 bei internationalen Wettkämpfen die ersten Preise.

Die Oratorien: Schöpfung, Messias, Jahreszeiten und die Synchronkonzerte erregten Aufsehen, da es sich hier um Darbietungen von Liebhabervereinigungen handelt, bei denen nur die Solisten im Musikerberuf stehen.

Olpe galt immer als musikliebende Stadt, sie ist es geblieben. Damit die Musikvereine in Zukunft bestehen können, darf die Nachwuchsfrage nicht übersehen werden. Zu diesem Zweck und vor allem zur Pflege der guten, echten Hausmusik wurde am 1. Juni 1947 die Städtische Musikschule ins Leben gerufen, die ihre Vorgängerin in der früheren Jugendmusikschule hatte. In der Städtischen Musikschule wird Unterricht erteilt in Streichinstrumenten, Blasinstrumenten, Klavier, Gesang, Akkordeon, Laute und Blockflöte. Die Schülerdurchschnittszahl beträgt 110.

Neben Theater und Musik spielt die Literatur in der Kultur eines Volkes eine große Rolle. Nach dem Umbruch und ganz besonders nach der Währungsreform tauchten in Massen Schund- und Schmutzliteratur-Erzeugnisse auf, deren Gefahren immer wieder von Regierung, Parteien, Behörde und Kirche in Wort und Schrift klargestellt wurden. Überall erkannte man, daß nur mit einem wirksamen Gegenmittel Abhilfe zu schaffen ist und so bemühte sich die Stadtverwaltung, die frühere Stadtbücherei wieder ins Leben zu rufen. Durch Haussammlungen, durch Einbeziehung der guten Bücher aus dem

alten Bestand und durch Anschaffung neuer Werke (unter ständiger Beratung durch die staatliche Volksbüchereistelle Hagen) war man endlich im Februar ds. Js. so weit, die Stadtbücherei wieder zu eröffnen. Augenblicklich hat sie einen Bestand von etwa 2000 Bänden.

Gut ausgebaut ist auch der Teil der Jugendbücherei. Kinder ab 10 Jahren und Jugendliche (Schüler, Lehrlinge und Studenten) benutzen eifrig die Bücherei. Das ist der beste Weg, die jungen Menschen vor Schmutz und Schund zu bewahren. Aber auch die Erwachsenen erfreuen sich an der guten Literatur und suchen durch Ausleihen der Bücher Erweiterung des Wissens, Erbauung und gute Unterhaltung. Die jetzige Einrichtung der Stadtbücherei wurde ganz durch Beihilfemittel des Landes beschafft.

Als weitere Kulturarbeit sind die Vorträge volkstümlicher und bildender Art zu nennen. Auch hierbei stellte die Jugend einen großen Teil der Besucherzahl, so daß man mit den Ergebnissen sehr zufrieden sein kann.

Überhaupt spielt die Jugendpflege eine wichtige Rolle im Kulturprogramm, ist doch die Jugend der Träger der Zukunft.

Leider sind auch wertvolle Veranstaltungen, die einen größeren Rahmen erfordern, ausgefallen, da sie an den Saalverhältnissen scheiterten.

Der am 1.12.1950 gegründete Verein "Stadthalle Olpe e.V." hat sich die Errichtung einer Stadthalle, deren Vorhandensein für das wertvolle kulturelle Leben in Olpe unerläßlich ist, zum Ziel gesetzt.

## XI. Die Wohlfahrts-, Gesundheits- und Jugendpflege.

### 1.) Allgemeines.

Die Aufgaben des BVV Landkreis Olpe sind für den Bereich der Stadt und des Amtes Olpe dem Sozialamt der Stadt Olpe als Delegationsträger übertragen worden.

### 2.) Fürsorge.

#### a) Offene Fürsorge

Nach dem Währungsschnitt 1948 wurde die Hilfsbedürftigkeit eines großen Teils der Bevölkerung offensichtlich. Die öffentliche Fürsorge wurde daher in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. (s. Übersichtstafel Nr. I) Die Verbesserung der Rentenversorgung in den nachfolgenden Jahren führte zu einer Verminderung der Fürsorgeausgaben. Im Jahre 1951 zeigte sich jedoch, daß die Rentenversorgung mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten konnte. Aus der Übersichtstafel Nr. I ist zu ersehen, daß zwar der Aufwand verringert wurde, die Zahl der unterstützten Personen jedoch stieg.

Da in dem Jahre 1951 allgemein der Nachholbedarf der Bevölkerung befriedigt war, und sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend gebessert hatten, konnten in der Kriegsfolgenhilfe die unterhaltungspflichtigen Verwandten zu größeren Unterhaltungszuschüssen herangezogen werden. (s. Übersicht Nr. II)

Um die Fürsorgeausgaben zu vermindern, wurden die Kosten der Caritas-Hauspflegerin ab 1.4.51 zu einem Drittel von der Stadt Olpe getragen. Das Sozialamt hatte nunmehr das Recht, den Einsatz der Hauspflegerin mitzubestimmen. Durch die Hauspflegerin wird die Familie während der Erkrankung der Hausfrau und Mutter zusammengehalten, die Erziehung der Kinder gewährleistet und die Familie vor der Verfalllösung geschützt.

Im August 1951 hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen entschieden, daß Rentennachzahlungen als Ersatz der Fürsorgeleistungen, die Vertriebenen für den gleichen Zeitraum gewährt wurden, nicht in Anspruch genommen werden können (§ 7 L.Fl.Ges.). Die daher zu Unrecht vereinnahmten Rentenbeträge mußten an die Vertriebenen wieder ausgezahlt werden (s. auch Übersichtstafel Nr. III). Die Fürsorgeleistungen wurden in der Zeit von 1948 - 1951 mehrmals erhöht. Erhöhte Verwaltungsarbeit ist dadurch entstanden. Weiterhin erwachsen größere Verwaltungsaufgaben durch das Inkrafttreten des Steuerzuzugengesetzes von 1951, das die Sozialrenten erhöhte.

#### b) Halboffene Fürsorge

Im Rechnungsjahr 1951 wurde mit den Vorbereitungsarbeiten zur Eröffnung eines Kinderhortes in der St. Franziskus-Schule begonnen. Träger des Kinderhortes ist die genannte Schule. Die Stadt Olpe stellte für das Bj. 1952 notwendige Beträge für diesen Zweck bereit.

#### c) Geschlossene Fürsorge

##### 1) Altersheim:

Im März 1947 wurde im Inneren der Franziskanerinnen ein Altersheim für "Luchlinge" eingerichtet, das in den

letzten Jahren auch mit einheimischen Hilfsbedürftigen belegt wurde. In diesem Heim sind durchschnittlich 50 - 70 Personen untergebracht. Die Verwaltung des Heimes liegt in den Händen des Mutterhauses.

2) Waisenhaus:

Erhebliche Verwaltungsarbeit entsteht durch die Heranziehung der ne. Mütter, die ihre Kinder im Waisenhaus Olpe auf Kosten der öffentlichen Fürsorge untergebracht haben. Größere Kosten entstehen der Stadt Olpe nicht, da die endgültig verpflichteten Fürsorgeverbände ermittelt und zur Zahlung herangezogen werden.

3.) Tuberkulosen-Hilfe

Die Tbc-Hilfe ist seit dem Jahre 1942 eine Sonderaufgabe des LdV (Zentralstelle für Tbc-Hilfe). Die Aufgaben wurden auf die BFV delegiert. Nachstehende Übersicht zeigt das Ansteigen dieser Volksseuche.

Jahr	Zahl der Unterstützten		Aufwand	
	Parteien	Personen	RM	DM
1942	3	3		3.406,--
1943	8	11		9.688,--
1944	8	11		4.717,--
1945	8	11		6.138,--
1946	15	24		9.643,--
1947	13	23		8.994,--
1948	15	31		16.035,--
1949	24	43		22.384,--
1950	19	36		21.537,--
1951	19	35		22.483,--

4.) Sozialversicherung

Durch das Sozialversicherungs-Anpassungs-Gesetz ( am 1.6.49 in Kraft getreten), stieg die Zahl der Rentenanträge um fast das Doppelte. Außer der Entgegennahme dieser Anträge, obliegt dem Amt für Sozialversicherung der Umtausch der Invaliden- und Angestellten-Versicherungs-Quittungskarten. Anträge auf Renten und Heilverfahren wurden ebenfalls ab 1949 bedeutend mehr gestellt. Dies zeigt auch folgende Übersicht:

Anträge auf Renten und Heilverfahren:

Jahr	Rentanenträge	heilverfahren
1947	125	3
1948	199	6
1949	382	24
1950	354	24
1951	164	40

Ungetauschte Quittungskarten:

Jahr	Invalidenversicherung	Angestelltenversicherung
1947	245	182
1948	162	216
1949	146	280
1950	404	494
1951	350	1050

5.) Soforthilfe

Die Soforthilfe ist ein Vorgriff auf den Lastenausgleich. Da sie zum Teil auf dem Prinzip der Fürsorge - Nachweis der Bedürftigkeit - aufgebaut ist, wurde das Amt für Soforthilfe dem Sozialamt angegliedert. Es gibt jedoch bei der Soforthilfeleistung keine individuelle Betreuung (Anpassung an den tatsächlichen Lebensbedarf). Die Leistungen der Soforthilfe sind aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen.

Leistungen der Soforthilfe:

Jahr	Unterhaltshilfe u. Unterhaltszusch.		Hausratshilfe	
	Part.	Pers.	Betrag DM	Betrag DM
1949	398	502	127.134,--	249 40.900,--
1950	449	563	202.083,--	301 48.100,--
1951	364	481	196.249,--	61 7.450,--

6.) Leistungsübersichten ( s. Seiten 30-32.)

7.) Jugendpflege

Der Ortsausschuss für Jugendpflege, der nach der Verfg. des Herrn Reg. Präs., Arnberg, vom 12.12.1946 am 14. März 1947 wieder ins Leben gerufen wurde, befaßte sich mit ansteigendem Erfolg mit der Pflege und Heranbildung des jungen Menschen. Immer wieder wurden die großen Gefahren besprochen, die nach dem Chaos auf allen Wegen der Jugend begegneten und sie fortgesetzt umgaben. In der Erkenntnis, daß Theater, Literatur und Musik den jungen Menschen formen, erreichte der Ausschuss:

- a) bedeutende Preisermäßigung im Theaterbesuch mit dem Erfolg daß heute gerade die Jugend einen festen und guten Bestand an Theaterfreunden ausmacht.
- b) die Einstellung der Stadtbücherei auch in besonderem Maße auf jugendliche Leser, um ein Gegengewicht gegen Schmutz und Schundliteratur zu stellen,
- c) billige Eintrittspreise für Jugendliche zu den Vorträgen, die auch ganz hervorragend von Jugendlichen besucht werden

Auch zur Wiedereröffnung der Städtischen Musikschule wirkte der Ausschuss in seinen Beratungen mit, und schließlich befaßte er sich in mehreren Sitzungen mit der Einrichtung einer Jugendherberge in Olpe, die dann im August 1951 eröffnet werden konnte.

Die Jugendpflege erfordert Wachsamkeit und ständige Bereitschaft. Leider kam immer wieder zum Ausdruck, daß das Fehlen eines Gliedes ( einer Generation ) in der Jugendpflegearbeit große Schwierigkeiten bringt. Es fehlen die Jugendführer oder die Männer und Frauen, die noch mit einem Bein in der Jugend stehen. Es gibt auch Fragen, die immer wieder zur Sprache kamen, die lange Diskussionen hervorriefen, aber bisher nicht gelöst werden konnte, so z.B. die Filmfrage und die sittliche Gefährdung der Jugend. Doch durch ständiges Zusammenwirken von Behörde und Jugendorganisationen und Schulen ist zu erwarten, daß die Olper Jugend guter Pflege gewärtig bleiben kann.

Übersicht über die laufende Unterstützung  
in der offenen Fürsorge  
1944 - 1951

Rechnungs- jahr	Allgemeine Fürsorge			Kriegsfolgenfürsorge		
	Zahl der Unter- stützten		Aufwand	Zahl der Unter- stützten		Aufwand
	Part.	Pers.	RM bzw. DM	Part.	Pers.	RM bzw. DM
1944	86	122	28.090,-	-	-	-,-
1945	119	205	52.784,-	122	329	111.208,-
1946	122	280	84.872,-	142	418	150.817,-
1947	69	117	34.733,-	213	561	283.987,-
1948/I	71	123	10.312,-	232	571	71.551,-
1948/II	90	152	44.692,-	243	551	158.814,-
1949	90	163	51.712,-	164	461	127.672,-
1950	55	107	28.043,-	49	93	26.497,-
1951	73	114	26.252,-	51	79	22.335,-

Übersicht über die Einnahmen in der offenen und geschlossenen Fürsorge, sowie Aufstellung der Rein-Ausgaben in den Rechnungsjahren 1950 - 1951.

Übersicht II

Zahlungspflichtiger	Allgemeine Fürsorge		Kriegsfolgenfürsorge	
	1950	1951	1950	1951
	DM	DM	DM	DM
LFV und BFV	6.546,-	3.636,-	-,-	-,-
Versicherungsträger	9.782,-	10.838,-	23.641,-	11.122,-
Unterhaltspflichtige	1.387,-	910,-	343,-	1.582,-
Unterstützte, Erben	2.724,-	5.091,-	24.259,-	16.944,-
<b>Summe der Einnahmen:</b>	<b>20.439,-</b>	<b>20.475,-</b>	<b>48.243,-</b>	<b>29.648,-</b>
Anteil des BFV an den Ausgaben (50 %)	33.072,-	32.735,-	-,-	-,-
Kostenanteil des Bundes an den Ausgaben (85 %)	-,-	-,-	129.472,-	110.100,-
Anteil des BFV an den Ausgaben (7,5 % + 7,5 % bei KH)	-,-	-,-	13.352,-	12.692,-
<b>Summe des Kostenersatzes:</b>	<b>33.072,-</b>	<b>32.735,-</b>	<b>142.824,-</b>	<b>122.792,-</b>
<b>Gesamt-Aufwendungen:</b>	<b>65.139,-</b>	<b>64.605,-</b>	<b>152.428,-</b>	<b>130.936,-</b>
<b>Reinausgaben:</b>	<b>32.067,-</b>	<b>31.870,-</b>	<b>9.604,-</b>	<b>8.144,-</b>

Übersicht über die Leistungen in der offenen und geschlossenen  
Fürsorge in den Jahren 1950/1951.

	<u>Allgemeine Fürsorge</u>		<u>Kriegsfolgenfürsorge</u>	
	1950 DM	1951 DM	1950 DM	1951 DM
<b>a) <u>Offene Fürsorge</u></b>				
Lfd. Barleistungen	28.043,-	26.252,-	26.497,-	22.335,-
Einmalige Barleistungen	4.532,-	4.507,-	9.158,-	7.235,-
Sachleistungen	3.606,-	2.891,-	51.590,-	37.170,-
Ärztliche Behandlung	485,-	556,-	1.496,-	1.347,-
Zahnärztliche Behandlung	63,-	81,-	362,-	185,-
Arzneien und Heilmittel	733,-	1.451,-	1.686,-	3.128,-
Sach- und Dienstleistungen in der gesundheitl. Fürsorge	735,-	134,-	1.867,-	2.307,-
Wochenfürsorge	398,-	365,-	-,	-,
Rentenauszahlung lt. § 7 L.Fl.G.	-,	-,	-,	13.596,-
Summe:	38.595,-	36.237,-	92.656,-	87.303,-
<b>b) <u>Geschlossene Fürsorge</u></b>				
Krankenh. Säugl. u. Entb. Heime	2.951,-	2.361,-	3.212,-	2.915,-
Altersheime u. Waisenhäuser	19.237,-	17.642,-	51.274,-	33.643,-
Heilstätten und Kindererhol.	4.100,-	6.540,-	4.764,-	6.324,-
Erholungsheime für Erwachsene	256,-	1.825,-	522,-	751,-
Summe:	26.544,-	28.368,-	59.772,-	43.633,-
Hinzu Summe off. Fürsorge	38.595,-	36.237,-	92.656,-	87.303,-
<b>Gesamt-Aufwendungen:</b>	65.139,-	64.605,-	152.428,-	130.936,-

## XII. Die Betreuung der Evakuierten und Heimatvertriebenen.

### 1.) Bewegung

" Flüchten, Vertrieben - werden ist Wettlauf mit dem Tode, ist zehrende Qual!" Damit kennzeichnete der Bundes-Vertriebenen-Minister das Leid und notvolle Erleben Millionen Deutscher.

Es begann im Sauerland, für die Kreisstadt Olpe, bereits mit Verschärfung der Westkriegslage.

Die Zahl der Evakuierten, - der Westvertriebenen aus den zerbombten Städten -, konnte seiner Zeit nicht genau ermittelt werden. 1945/46 ist sie noch auf 1000 und mehr Köpfe geschätzt worden. Juli 1951 ergab die amtliche statistische Erfassung allein in der Stadt Olpe einen Rest von 56 Familien mit 150 Personen, die gelenkte Rückführung anstrebten, später zum Besuch der zertrümmerten Heimat verbilligte Fahrten erhielten.

Dieser West - Ostwanderung folgte die ungeheure Flut der Gegenströme mit der Vertreibung und Flucht aus den Osträumen der Oder-Weiß-Linie, vom Ausland, jenseits des "Eisernen Vorhangs" und aus Berlin - in jüngster Zeit neu belebt durch die Ereignisse in der sowjetisch besetzten Zone. Dieser Zustrom überstieg alle, auch die hochgespanntesten Erwartungen.

Erste Unterbringung in vorbereiteten Einzelquartieren wurde unmöglich. So entstanden Ende 1945 die Auffang- und Unterkunftsläger mit Kücheneinrichtung für Vollverpflegung im "Wehrmeldeamt" (der jetzigen Bäckerfachschole) und "Bogensaal". Als einzige Sammelunterkunft verblieb später das Flüchtlingsaltersheim im Mutterhaus der armen Franziskanerinnen. Aus den Lager-Betreuungsstellen ging dann 1947 das "Flüchtlingsamt im Rathaus" hervor.

### Entwicklung des Flüchtlings-Zustromes in der Stadt Olpe:

21. 6.48	859	A - Gruppe:	781	B - Gruppe:	78
31.12.48	1122	" "	997	" "	125
31.12.49	1249	" "	1091	" "	158
31.12.50	1416	" "	1227	" "	189
31.12.51	1546	" "	1306	" "	246
31. 3.52	1575	" "	1360	" "	215
30. 9.52	1611	" "	1394	" "	217

Der Zuwachs beträgt jetzt schon im Stadtbereich etwa 88%. Er wird, wenn Ankündigungen sich bewahrheiten, auf 100 u.m. % steigen. (Zonenwanderer, Umsiedler!) Der höchste Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Stadtgemeinde auf die rein einheimische Bevölkerung bezogen, machte bisher 16,5% aus. Davon stehen bereits ca. 45% im Erwerbsleben.

Die landsmannschaftliche Aufgliederung der insgesamt 1611 Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ergab folgende Übersicht:

Innerhalb der A - Gruppe:

Sudetendeutsche	37	Haushalte u. selbst. Einzelp.
Auslandsdeutsche	52	" " "
Pommern, West-u. Ostpreußen einschl. Danzig u. Grenzmark	228	" " "
Schlesier einschl. Ost- brandenburger	367	" " "

innerhalb der B - Gruppe:

Berlin - und Sowjetzonen- Flüchtlinge	<u>81</u>	" " "
insgesamt	765	" " "

Seit dem Währungsschnitt ist deutlich eine Verlagerung des Zuwachses an Heimatvertriebenen und Flüchtlingen auf die Stadt zu erkennen. In 100-Teilen ausgedrückt, erhöhte sich in der Stadt Olpe dieser Bevölkerungsteil von 100 auf 188.

2.) Versorgung

Der volkliche wie wirtschaftliche Eingliederungsprozeß konnte bei der Größe des Zugangs bei weitem noch nicht in erforderlichem Ausmaß vor sich gehen, besonders bei dem Elendszustand, in welchem vor allem Umsiedler und Lagerinsassen hier eintrafen und noch eintreffen. Viel ist an ihnen geschehen. In vollem Umfange waren sie jedoch noch nicht an der wirtschaftlichen Erholung von 1948/52 beteiligt.

Die jahrelangen Aufwendungen aus der Kriegsfolgenfürsorge zur Beseitigung von Notzuständen beleuchten folgende Zahlen:

	<u>Parteien</u>	<u>Aufwand</u>	
1945/48	709	617563	RM
1948/49	243	158814	DM
1950/51 (März)	213	154169	DM

Ein grosser Anteil aus diesen Mitteln entfiel auf Sachbeihilfen zur Ausstattung von zugewiesenem Wohnraum. Neben den wenig nachstehenden Zahlen für Barzuwendungen und Gutscheinausgaben wurden 1950/51 z.B. allein für Olpe vom Kreisvertriebenenamt zentral beschafft:

120 Schränke, 90 Tische, 300 Stühle, 110 Herde, 450 Betten, mit Matratzen (einschl. 50 Kinderbetten), 350 Federbetten u. Schlafdecken und vom Ortsamt auf 436 Betreuungsvorschläge unter genauer Prüfung der häuslichen Verhältnisse nach kreiseinheitlichen Richtlinien verteilt. 1948/49 liefen ausserdem 591 Anträge auf Beschaffungsbeihilfe an die Kreisinstanz, welche darauf 10.042 DM zahlte und für rund 6.000 DM Gutscheine gewährte.

Getreu der Sinndeutung ihres Stadtwappens geschah seitens der christlichen Bürgerschaft Olpes auch viel stille private Hilfs- und Liebestätigkeit aus Mitleid beim ersten Anblick der Flüchtlingsnot. Nicht unerwähnt bleiben darf auch der hohe Wert analoger Maßnahmen der freien caritativen Verbände, welche ebenfalls in Fühlungnahme mit dem Flüchtlingsamt arbeiteten.

### 3.) Eingliederung

- a) Seit April 1948 standen zweckgebundene Landesmittel (Sozial-Minister N.W.) bereit, die im Wege der Kreditgewährung heimatvertriebenen Unternehmern der gewerblichen Wirtschaft, Angehörigen freier Berufe, späterhin auch öst-vertriebenen Landwirten (Flüchtlings-Siedlungsgesetz) helfen sollten, sich eine neue selbständige Erwerbsgrundlage zu schaffen. In der Amtshilfeleistung waren bis 31.3.52 insgesamt 83 Anträge mit Kreditbegehren von 352.500 DM zu bearbeiten. Bewilligt wurden durch den Kreditausschuss beim Kreisvertriebenenamt 29 Anträge mit insgesamt 88.000 DM.

Der Jugend aus Vertriebenenkreisen wurde ebenfalls fürsorgende Beachtung geschenkt. Seit Landesmittel für Ausbildungsbeihilfen flossen, war die Stadt entsprechend ihrer Bedeutung als Schul- und Kulturzentrum des Kreises beteiligt.

Für Sicherung höherer Schulbildung, der Lehre als Facharbeiter und in einigen Fällen des Hochschulstudiums wurden in den einzelnen Quartalen seit dem Währungsschnitt 529 Anträge überprüft, davon 500 Anträge mit 34.515 DM bedacht. Diese Mittel öffneten ihren Empfängern den Weg zur Teilnahme an den Wirtschafts- und Kulturgütern der neuen Westheimat.

Jahrelang erfolgte die Einweisung der Vertriebenenmassen auf ihre Wohnorte ohne Berücksichtigung der Familienangehörigkeit, um den auseinandergerissenen Angehörigen auch von Olpe aus die Pflege ihres Familiensinnes (als Grundlage westeuropäischer Gesittung) zu ermöglichen, wurden vom 1.1.49 bis 31.7.52 in 2755 Fällen mit Hilfsbedürftigkeit Bescheinigungen auf Fahrpreisermässigung (50%) für insgesamt 20.400 Einzelfahrten (einschl. Rückreise) auf der Bundesbahn ausgeschrieben.

- b) Die grössten Schwierigkeiten der Betreuungsarbeit bereitet auch in Olpe immer wieder die furchtbare Wohnungsnot. Einraumwohnungen für mehrköpfige Familien, mancherlei Notunterkünfte, unter denen auch Einheimische in ähnlicher Weise leiden, ließen sich trotz aller ernstesten Bemühungen noch nicht beseitigen. Das sichtbarste Erfolgszeichen im Kampf gegen das Wohnraumelend gibt hier die Flüchtlingsiedlung in der Eichendorffstr. ab. In den 14 Doppel- und 2 Einzelhäusern mit 151 Zimmern fanden 57 Familien mit insgesamt 213 Personen gesunden und ausreichenden Wohnraum. Daß darunter auch acht "Einheimische"-Siedlerstellen innehaben, beweist, den besonderen Wert des Zusammenschaffens von Heimatvertriebenen wie Heimatverbliebenen bei Überwindung von Lebensnotständen.

### 4.) Vertretung und Organisation

Den Gedanken, den Heimatvertriebenen eine demokratische Vertretung zur beratenden Mitwirkung bei Regelung ihrer Probleme zu gewähren, verwirklicht der Vertriebenenbeirat (früher Flüchtlingsausschuss). Aus unmittelbarer, geheimer Wahl hervorgegangen, stellt er als eine Art Selbstverwaltungsorgan die Brücke zur Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen her.

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten entwickelte sich auf der Grundlage besonderer Satzungen über Pflichten und Rechte eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dem Stadtbeirat und seinen vier Unterausschüssen gehören seit Bestehen an:

Herr Albert Herzog als Vorsitzer  
" Franz Beutlich  
" Joh. Ehmer  
" Bernh. Ahrendt  
Frau Alice Tirpitz

Auch der Vertriebenenverband (Kreis- und Ortsvereinigung des Bundes vertriebener Deutscher - BvD - ) fand durch persönliche Querverbindungen z.T. über den Vertriebenenbeirat zu seinem Vorstand guten Kontakt mit der Stadtverwaltung. Ihm und seinen landsmannschaftlichen Untergliederungen muß Erwähnung getan werden, weil sie in steigendem Maße die einschlägige Politik zu beeinflussen vermögen. Es sei nur an die Großkundgebung im Schwanensaal zum "Tag der Heimat" (5.8.51) erinnert, welche das "unverzichtbare Recht auf Rückgabe der Heimat" betonte, sowie an die erfolgreiche mehrtägige Kunstaussstellung in der Kreisstadt (März 1952) zum mahnenden Gedenken der Jugend an das geistige Erbe des verlorenen Ostdeutschland, seiner Kultur- und Wirtschaftswerte.

### XIII. Die Wohnraum-Bewirtschaftung.

Die Wohnraumzwangsbewirtschaftung ist eine Folge des Krieges. Schon in Friedenszeiten bestand Wohnraummangel. Infolge der Zwangsevakuierungen aus den Großstädten, hervorgerufen durch Bombardierungen, verschärfte sich dieser Wohnraummangel erheblich. Die Zerstörungen in der Stadt Olpe selbst im Jahre 1945 machten dieses Problem zu einer akuten Not. Die Massenausreibungen aus der Ostzone verursachten katastrophale Zustände. Den Vertriebenen Obdach zu geben, war nur möglich dadurch, daß Massenunterkünfte und zwar im früheren Wehrmeldeamt, heute Bäckerfachschule und im kath. Vereinssaal geschaffen wurden.

Bis zur Währungsreform beschränkte sich die Tätigkeit der Zwangsbewirtschaftung darauf, den vorhandenen Wohnraum soweit als möglich gerecht aufzuteilen. Vor Beginn der Neubautätigkeit war an eine Lockerung nicht zu denken. Durch Bereitstellung öffentlicher Mittel konnte seit 1948 mehr Wohnraum geschaffen werden, als zunächst angenommen wurde.

Nach der Baustatistik wurden seit 1948

insgesamt 164 Bauvorhaben  
mit 493 Wohnungen

genehmigt. Wenn auch diese Vorhaben nicht restlos zur Durchführung gekommen sind, so wäre doch heute für die im Jahre 1948 hier Wohnhaften durch diese Neubautätigkeit im Zusammenhang mit den freigegebenen Altbauwohnungen in etwa ausreichender Wohnraum vorhanden gewesen.

Diese Tatsache verleitet die Bevölkerung zu dem Trugschluss, daß eine akute Wohnungsnot nicht mehr bestehen könnte. Fast unbemerkt nach außen vollzieht sich jedoch weiterhin eine ständige Verlagerung der Bevölkerung aus der Ostzone in die Westgebiete. Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit dem größten Anteil von 64 % an der Unterbringung der durch politische Ereignisse aus den Ostgebieten geflohenen Personen beteiligt. Diese Tatsache wirft ihre Schatten auch unmittelbar in den hies. Wohnungsamtsbezirk. Insbesondere ist dieses Problem in den letzten Monaten wieder akut geworden. Eine wesentliche Erleichterung kann nur durch noch intensivere Neubautätigkeit geschaffen werden.

Im Rückblick auf die vergangenen Jahre kann festgestellt werden, daß die Wohnraumzwangsbewirtschaftung trotz aller gegenteiligen Behauptungen notwendig war.

Die im Jahre 1950 versuchsweise durchgeführte Regelung, den Hausebsitzern eine Auswahlliste von 10 Parteien, die dringend Wohnungssuchende waren, vorzulegen, scheiterte, da die Verfügungsberechtigten in 95 von 100 Fällen einen solchen Mieter wünschten, der nicht als Wohnungssuchend hier registriert war. Aus diesem Grunde mußte diese Vergünstigung wieder aufgehoben werden, da solche Familien, die dringend einer anderen Wohnung bedurften, niemals eine solche erhalten hätten.

Beim Wohnungsamt wurden bisher insgesamt 1.347 Wohnungssuchende registriert.

Es wurden im gleichen Zeitraum 1.025 Wohnungen zugewiesen.

Zur Zeit sind gemeldet 322 Wohnungssuchende.

Aus diesen Zahlen ist zu erkennen, daß eine Wohnraumbewirtschaftung erforderlich war. Zweifellos wäre der größte Teil, der überwiegend zur minderbemittelten Bevölkerung gehört, heute noch unzureichend untergebracht.

Falls im Jahre 1947 die Zuwanderungen aus der Ostzone und die Verreibungen aus den Ostgebieten beendet gewesen wären, hätte durch die insgesamt seit der Währungsreform geschaffenen Wohnungen die

akute Wohnraumnot behoben werden können. Allein in dem Zeitraum vom 1.10.1950 bis 1.9.1952 ist ein Flüchtlingszugang in der Stadt Olpe von 251 Personen zu verzeichnen. Rechnet man für je 4 Personen eine Wohnungseinheit, mußten allein hierfür 63 Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Wohnraumbewirtschaftung erfolgte vom Jahre 1946 ab auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 18. Da dieses Gesetz einen verhältnismäßig strengen Maßstab anlegte, konnte bis zum Sept. 1950 die Zahl der Wohnungsuchenden auf 225 verringert werden. Es bestand die berechtigte Hoffnung, daß zusammen mit den neugeschaffenen und neuhergestellten Wohnungen die akute Wohnungsnot in absehbarer Zeit behoben werden konnte.

Ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß infolge der Spannungen zwischen Ost und West mit verschärftem Zustrom zu rechnen sei, wurde im Januar 1950 das Landeswohnungsgesetz von Nordrhein-Westfalen geschaffen. Vom Inkrafttreten des Gesetzes ab konnte ein ständiges Ansteigen der Wohnungsuchenden festgestellt werden. Die Ursachen liegen darin, daß nach dem Landeswohnungsgesetz jeder erwachsenen Person 1 Raum zugesprochen werden konnte. Die Folge davon war, daß Familien über Wohnraum verfügen konnten, der in keinem Verhältnis zu der dringenden Wohnungsnot stand.

Zur Zeit sind registriert:	322 Wohnungsuchende	=	931 Personen
Davon Flüchtlinge	96 Parteien	=	255 Personen
Evakuierte	14 "	=	35 "
Einheimische	212 "	=	641 "

Nur durch die Einführung eines verschärften Erfassungsmaßstabes im Landkreise Olpe am 26.3.1952 konnte die sprunghaft ansteigende Zahl der Wohnungsuchenden wieder aufgefangen werden.

Abschließend ist folgendes festzustellen:

Es besteht heute kaum noch die Möglichkeit, durch Beschlagnahme neuen Wohnraum zu gewinnen. Die Verfügungsberechtigten wehren sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen weitere Erfassungen. Die Beschwerdeinstanzen wenden bei ihren Entscheidungen einen verhältnismäßig großzügigen Maßstab zu Gunsten der Beschwerdeführer an.

Der Flüchtlingszustrom nimmt die fast erschreckenden Formen wie 1945/46 an. Eine Unterbringung in Massenquartieren wird unausbleiblich sein, wenn der Gesetzgeber den Wohnungsbehörden keine Mittel in die Hand gibt, über den Rahmen des Landeswohnungsgesetzes hinaus Wohnraum zu erfassen, oder aber, daß das Mehrfache an Mitteln für beschleunigte Neubautätigkeit zur Verfügung gestellt wird.

Immer mehr Einheimische und seit 1945/46 hier behelfenmäßig untergebrachte Flüchtlinge, die dringend mehr Wohnraum benötigen, müssen zu Gunsten der Neuzugewiesenen aus der Ostzone und der Umsiedler aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern zurückgestellt werden.

Aus dem gleichen Grunde können Heiratswillige die Ehe nicht eingehen, oder aber, sie richten sich behelfsmäßig bei Angehörigen ein. Das führt zwangsweise immer zu Spannungen, insbesondere dann, wenn die Familie sich vergrößert.

#### XIV. Das Bauwesen

Durch den Kriegsausbruch im Jahre 1939 wurde die Bautätigkeit sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau völlig lahmgelegt. Auch die bestehenden Einrichtungen konnten nicht mehr unterhalten werden. Erst die Währungsreform im Jahre 1948 brachte einen Wandel. Der Bausektor lag mithin volle 9 Jahre still. Das Bauamt stand daher 1948 auf allen Gebieten nicht nur vor einem aufgestauten Neubaubedarf, sondern auch vor mehr oder weniger verfallenen oder beschädigten Gebäuden, Straßen, Kanälen, Einrichtungen und Anlagen verschiedener Art, teils durch natürliche Abnutzung, teils durch unmittelbare Kriegseinwirkung herbeigeführt. Über die seitdem durchgeführten Maßnahmen kann in diesem Rahmen nur in aller Kürze berichtet werden.

##### 1.) Stadtplanung

Eine Hauptaufgabe der Verwaltung und des Bauamtes insbesondere bestand seit jeher in der Planung und Überwachung einer geordneten Entwicklung des Stadtgebietes. Außer den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen waren die dazu nötigen Grundlagen in einigen Ortsgesetzen und in dem Fluchtlinienplan der Stadt Olpe von 1913 gegeben. Als eine wesentliche Erleichterung für die 1948 einsetzende Neubautätigkeit wirkte sich der bereits in den Vorkriegsjahren getätigte Erwerb von Bauland am Hohenstein und der dafür von der Bezirksplanungsstelle Arnsherg aufgestellte Bebauungsplan aus. Nach dem Kriege galt es aber zunächst, die durch die Kriegsgeschehnisse notwendig gewordenen Maßnahmen für eine Neuordnung des zerstörten Stadtzentrums und des Weilerhohlgebietes zu erkennen und durchzuführen. Hierüber gibt die Niederschrift über die am 31.12.1945 stattgefundene dankwürdige Sitzung des vom damaligen Bürgermeister Schrage berufenen Vertrauensausschusses wie folgt näheren Aufschluß:

##### "Planung zum Wiederaufbau der Stadt Olpe"

Bürgermeister Schrage gab in eingehenden Ausführungen einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen. Er führte inhaltlich u.a. aus:

Noch am Schluß dieses Jahres muß darüber entschieden werden, wie und in welcher Form der Wiederaufbau der Stadt begonnen werden soll. Es gilt, die größten Verkehrshindernisse zu beseitigen und Vorbedingungen zu schaffen, die dem zukünftigen Verkehr Sicherheit geben können. Die zu dem Problem gehörten Fachleute und Autoritäten, wie Dr. Brandt, Präsident Niemeyer usw. haben versucht, eine für lange Zeit richtige Verkehrslenkung zu finden. Zur Entlastung der Reichsstraße 54/55 wollen sie den Verkehr bei der Rochuskapelle auffangen, durch die Grünanlage eine Verbindung zur Rochusstraße schaffen, dann weiter durch die neu zu bauende Panneklöpperstraße zur Martinstraße. An der Kreuzung Kölner-, Martin-, Kurfürst-Heinrich-Straße wird der Verkehr dann wie in einer Zentrale zusammenlaufen, um von dort reibungslos nach allen Richtungen ausstrahlen zu können. Damit würden die Gefahren an der Kreuzung Hindenburg - Kölner Straße beseitigt bzw. wesentlich gemindert. Zur Lösung des Verkehrsproblems sind seit langem schon die verschiedensten Pläne erörtert worden, u.a. auch der Bau einer Umgehungsstraße. Diese Pläne könnten nur mit einem ungeheuren Kostenaufwand verwirklicht werden. Die neuen Überlegungen standen unter dem Gedanken, den Binnenverkehr aufrecht zu erhalten, d.h. den Verkehr in die Stadt und durch die Stadt zu führen. Es ergab sich hieraus

eine große Aufgabe, die an dem vorgesehnen Mittelpunkt weit über die ersten Pläne hinausging und sowohl das Haus Mertens als auch das Gebäude des Landratsamtes nicht mehr zuließ. Dieser größere Plan zur Lösung der Verkehrsfragen zeigte dann auch die Möglichkeit, an dieser Stelle ein Stadtbild von unvergleichlicher Wirkung zu schaffen, nämlich den Blick auf die alte Stadtmauer mit der Kirche und dem Hexenturm. Die Verhandlungen sind hin und her gegangen, bis das innere Ringen übereinstimmend mit den Vorschlägen der Planer zur Klarheit führte, nämlich zur großen Lösung, die sowohl verkehrsmäßig als auch städtebaulich völlig befriedigt. Dabei sind die Wirtschaftlichkeit und die Finanzierungsmöglichkeiten nicht übersehen worden. Das gesamte Projekt wird schätzungsweise 700 000 RM kosten, davon entsteht ein erheblicher Teil zwangsläufig aus den einmal gegebenen Verhältnissen. Die Belastung für die Stadt ist zweifellos beträchtlich. Es muß jedoch daran erinnert werden, daß auch solche Belastungen in der Vergangenheit bei noch schwierigeren Verhältnissen überwunden wurden. Erinnert wird an die Verluste in den verschiedenen Sparkassenaffären und die beispiellosen Leistungen in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die natürlich auch große Belastungen verursachten. Das Beispiel unserer Väter, die nach dem großen Brande 1795 unsere Stadt so großzügig, zweifellos aber auch unter großen Schwierigkeiten aufbauten, muß uns vor Augen stehen. Auch wir müssen wie sie für die Zukunft, für unsere Kinder und Kindeskinde, planen. Die Zukunft wird den Kleinstädten eine größere Bedeutung geben und darum müssen wir herausstellen, was die Stadt zu bieten hat.

Der Bürgermeister gab dann eine zustimmende Stellungnahme des früheren Stadtbaumeisters Lochner bekannt, sowie eine Äußerung des Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg, der sich ebenfalls für die große Lösung ausspricht. Er fuhr dann fort:

Der neu entstehende Stadtmittelpunkt wird demnächst das Herz der Stadt sein, von dem aus das Leben nach allen Seiten pulsiert. Wir werden dann unsere Pflicht und Schuldigkeit getan haben und überzeugt sein können, daß wir das geschaffen haben, was unsere Nachkommen in der Stadt gebrauchen. Kinder und Kindeskinde werden unsere Entscheidung gutheissen und sagen, daß wir unsere Pflicht getan haben. Über meine innere Einstellung will ich Ihnen volle Klarheit schaffen. Der Plan muß verwirklicht werden, wie er als Modell vor Ihnen steht. Die Entscheidung hat allein die Stadt Olpe zu fällen. Die Verantwortung dürfen wir nicht scheuen. Ich bitte Sie herzlich im Interesse unserer Vaterstadt, der Vorlage in großer Einmütigkeit zuzustimmen.

Nachdem das Ausschußmitglied Dr. Heuvel Vorschläge über die zweckmäßige Art der Beratung gemacht und Stadtbaumeister Löser nochmals Erläuterungen gegeben hatte, nahm der Bürgermeister wiederum das Wort. Einzelfragen, wie die Finanzierung, die Entschädigung der betroffenen Grundeigentümer usw. würden die Verhandlungen ins Endlose ausdehnen. Es handelt sich zunächst um die grundsätzliche Entscheidung. Über die Ausführung und alle Einzelheiten könne später beraten werden.

An einer weiteren Aussprache beteiligten sich die Herren Dr. Prüs und Pfarrer Menke als Gäste. Auch Landrat Klewer, der ebenfalls an der Sitzung teilnahm, sprach sich für den großen Plan aus. Nachdem dann noch die Ausschußmitglieder Mertens und Winkel Stellung genommen hatten und der Bürgermeister denselben geantwortet hatte, stellte er die Vorlage zur Abstimmung. Von

den anwesenden 18 Ausschußmitgliedern stimmten 15 für die Vorlage, 2 dagegen und 1 Mitglied enthielt sich der Stimme. Anschließend führte der Bürgermeister aus:

Mit diesem Beschluß ist ein Stadium unseres Wiederaufbauplanes zum Abschluß gebracht. Damit haben Sie der Bevölkerung einen Dienst erwiesen und die Grundlage für weitere Arbeiten gelegt. Die heutige Sitzung, die letzte im Jahre, war eine der wichtigsten, die abgehalten wurden. Ich hoffe, daß im Jahre 1946 ein Stein nach dem anderen zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes gelegt werden kann. Nachdem der Bürgermeister den Anwesenden für ihre Mitwirkung gedankt hatte, sprach er die Bitte aus, auch zukünftig immer an die Interessen der Vaterstadt Olpe zu denken."

Damit wurde der Plan zu der heute sich abzeichnenden Gestaltung der Stadtmitte und des Weierhohls beschlossen.

Für die Olpebachregulierung als eine sowohl für die Neuordnung (Bebauungsmöglichkeit) des Weierhohls als auch für die Hochwasserfreilegung dieses Gebiets notwendige Maßnahme wurde gemeinsam mit dem Kreiskulturbauamt ein Regulierungsprojekt aufgestellt, von der Stadtvertretung am 27.2.1947 beschlossen und durch die zuständigen Regierungsstellen genehmigt. Die Verhandlungen mit den beteiligten Anliegern bezüglich der Inanspruchnahme von Grundstücksteilen und der Kostenbeteiligung gestalteten sich umfangreich und schwierig. Für den Stadtmittelpunkt in der Kölner-, Martin-, Bahnhofstraße wurde ein neuer Baufluchtlinienplan aufgestellt und am 20.8.1946 beschlossen. Weitere Fluchtlinienänderungen wurden mit dem Ziel, die Verkehrsverhältnisse zu bessern, beschlossen für die Bahnhofstraße, die Mühlenstraße, die Ortseinfahrt in der Wüste und die Franziskanerstraße.

Die einsetzende verstärkte Bautätigkeit machte die Aufstellung eines Baugebiets- und Baustufenplanes erforderlich. Der Plan wurde am 9.10.1948 beschlossen und im Jahre 1950 durch den Regierungspräsidenten genehmigt. Dadurch wurde eine gesetzliche Handhabe für die Regelung der Bebauung in der Stadt Olpe geschaffen. Der Plan und die dazu gehörende Ortsatzung bestimmen, wie in den einzelnen Baugebieten der Stadt gebaut werden kann.

Durch das Aufbaugesetz vom 29.4.1950 (geändert am 8.4.1952) wurden neue gesetzliche Vorschriften für Maßnahmen zum Aufbau in den Gemeinden gegeben. Die beabsichtigte Entwicklung des städtebaulichen Aufbaues der Gemeinde als Ganzes, insbesondere mit Rücksicht auf die Verteilung und die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie auf die Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaues, der Energie- und Wasserwirtschaft, des Gewerbes, des Verkehrs und der Landschaftsgestaltung soll damit in einem Leitplan dargestellt werden. In ihm sollen insbesondere festgelegt werden:

Die künftige Gliederung der Gemeindegebiete, die Führung des Durchgangs- und Ortsverkehrs, grundsätzliche Angaben über die Aufschließung, die Wohndichte und die beabsichtigte Art der Bebauung sowie über die vorgesehene Verteilung der öffentlichen Gebäude. Außerdem enthält er die grundlegenden Maßnahmen, die zur Durchführung der Planungsabsichten erforderlich werden. Mit der Anfertigung des Leitplanes für die Stadt Olpe wurde Herr Oberregierungs- und Baurat Conrad Beckmann in Düsseldorf beauftragt. Der Entwurf des Planes wurde nach längerer Planungsarbeit unter Mitwirkung der Regierung in Arnsberg, des

Stadtbauamtes und der sonstigen an der Planung interessierten Behörden aufgestellt. In ihm wurde auf die zu erwartenden Auswirkungen der geplanten Biggetalsperre, die auch das Stadtgebiet berührt, Rücksicht genommen. Dem Entwurf des Leitplanes wurde am 27.9.1952 durch die Stadtvertretung zugestimmt.

## 2.) Hochbauten

### a) Bauliche Unterhaltung der städtischen Hochbauten

Es wurden aufgewandt:

	Verwaltungs- gebäude	Schulen	Wohnungs- bauten
Rj. 1948 (ab 21.6.)	3.900 DM	1.000 DM	8.300 DM
Rj. 1949	3.000 "	10.000 "	12.900 "
Rj. 1950	4.000 "	7.100 "	9.500 "
Rj. 1951	3.400 "	7.400 "	13.200 "

### b) Eigene Neubauten

#### 1) Kath. Volksschule am Hohenstein

Am 2.12.1949 wurde am Hohenstein der Grundstein für eine neue 10-klassige Volksschule gelegt. Der Bau wurde bereits am 21.7.1952 gerichtet. Die Schule konnte im Januar 1952 ihrer Zweckbestimmung übergeben werden.

Die abgerechneten Baukosten einschl. Grunderwerbskosten -ohne Einrichtung- betragen bis zum 31.3.1952 530 000,- DM. Sie werden bis zur endgültigen Fertigstellung und Abrechnung rd. 600 000,- DM betragen.

#### 2) Städtisches Mehrfamilienwohnhaus am Bratzkopf

Zur Unterbringung minderbemittelter und kinderreicher Familien wurde 1950/51 am Bratzkopf bei der Schingeskühle ein Mehrfamilienwohnhaus für 6 Familien errichtet. Die Baukosten betragen 51.000,- DM. Das Gebäude wurde zum wesentlichen Teil aus Mitteln des Wohnungsbaupfennigs, der von der Bevölkerung freiwillig für jede Einheit Strom, Gas und Wasser gezahlt wird, finanziert.

#### 3) Fabrikgebäude an der Lindenhardt

Die Stadt Olpe ist daran interessiert, weitere gewerbliche Betriebe anzusiedeln, um der einheimischen Bevölkerung, vor allem auch Frauen, eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten. Aus diesem Grunde entschloß sich die Stadt, eine Betriebswerkstätte an der Lindenhardt zu bauen. Mit den Bauarbeiten wurde im April 1951 begonnen. Noch im gleichen Jahr wurde das Vorhaben fertiggestellt und bezogen. Das Gebäude wurde an eine Firma vermietet, die darin die Fabrikation von Kopfbedeckungen mit einer Beschäftigungsziffer von durchschnittlich 40 Personen aufnahm. Die Baukosten betragen rd. 68.500,- DM.

#### 4) Bedürfnisanstalt

Die Errichtung einer Bedürfnisanstalt wurde am 3.12.1948 durch die Stadtvertretung beschlossen. Mit dem Bau der Anstalt wurde erst im Jahre 1950 begonnen und zwar unterhalb der Kirche an der Stadtmauer im Anschluß an die

Transformatorstation. Die Anstalt war im November 1951 fertig. Die Anlage erforderte einen Kostenaufwand von 20.500,- DM.

Für das Jahr 1952 ist geplant, die während des Bombenangriffes stark zerstörte Stadtmauer am Kirchplatz wieder instandzusetzen. Die Lücke zwischen Bedürfnisanstalt und dem alten Stadtturm wird durch eine Bruchsteinmauer geschlossen. Außerdem soll über der Transformatorstation, der Bedürfnisanstalt und auf der alten Stadtmauer oberhalb des Kirchplatzes eine etwa 1,20 m hohe Brüstungsmauer errichtet werden.

### 5) Jugendherberge

Stadt und Amt Olpe besaßen bisher keine Jugendherberge. Lediglich in Lütringhausen bestand vor Jahren eine Notunterkunft. Die Schaffung einer Unterkunft für die wandernde Jugend in der Kreisstadt Olpe wurde seit langem angestrebt. Bei der Suche nach einer geeigneten Möglichkeit kam der Gedanke auf, die alte Schütte'sche Fabrik im Dohm für den beabsichtigten Zweck umzubauen. Die Lage erwies sich durch die in unmittelbarer Nähe gelegene städtische Freibad mit Spielwiese als äußerst günstig. Mit den Bauarbeiten wurde im Jahre 1951 begonnen. Im Gebäude wurden 3 Schlafräume für Jungen bzw. Mädchen, 1 Tagesraum sowie getrennte Wascheinrichtungen und Klosetts eingerichtet. Im August war der Ausbau abgeschlossen, sodaß die Herberge eingerichtet und benutzt werden konnte. Die Einrichtungsgegenstände stellte der Jugendherbergsverband zur Verfügung, der auch die Trägerschaft und die weitere Unterhaltung übernahm. Damit ist eine zunächst bescheidene Unterkunft geschaffen.

Die Baukosten betragen rd. 10.500,- DM, davon übernahm der Jugendherbergsverband 5.000,- DM.

### 6) Garage der Kreispolizei

Im Jahre 1949 wurde bei dem Gebäude der Kreispolizei eine Garage errichtet. 1951 wurde das provisorische Dach durch ein endgültiges ersetzt. Die Baukosten betragen rd. 5.500,- DM.

### 7) Isolierhaus des St. Martinus-Krankenhauses

Das St. Martinushospital bedarf seit Jahren einer umfassenden Erweiterung. Besonders vordringlich ist eine Infektionsabteilung für etwa 20 Kranke in einem eigenen neu zu errichtenden Gebäude. Die Kath. Kirchengemeinde Olpe hat sich daher entschlossen, in der Nähe des Krankenhausbesitzes am Hospitalweg ein Isolierhaus zu errichten. Die Stadt Olpe ist an einer solchen Einrichtung, die zur Vermeidung der Verbreitung ansteckender Krankheiten dient, interessiert. Aus diesem Grunde war sie bei der Beschaffung des Grundstückes sowie der umfangreichen Planung behilflich.

### c) Private Bautätigkeit

Auch die private Bautätigkeit setzte mit der Währungsreform in verstärktem Maße ein. Nachstehende Statistik vermittelt einen Überblick über die Bautätigkeit in der Stadt Olpe.

	Wohn- und Geschäftshausneubauten sowie Wiederaufbauten		Um-, An- u. Ausbau		Sonstige gewerbliche und landwirtschaftliche Bauten
	Zahl d. Genehmigungen	Zahl d. Wohnungen	Zahl d. Genehmigungen	Zahl d. Wohnungen	Zahl der Genehmigungen
Rj. 1948 (ab 21.6.)	30	66	22	3	32
Rj. 1949	41	162	25	16	59
Rj. 1950	43	117	31	15	32
Rj. 1951	28	104	18	10	35

Der größte Teil der genehmigten Bauvorhaben ist bereits fertiggestellt und bezogen.

d) Baufinanzierung

Das Land stellt in erheblichem Umfang öffentliche Mittel für die Finanzierung zerstörter und beschädigter und den Neubau von Wohnungen zu Verfügung. Die Beratung der Baulustigen, die Vorbereitung der Finanzierung ist eine umfangreiche Aufgabe des Stadtbauamtes. Die nachstehende Aufstellung zeigt in nüchternen Zahlen den Einsatz der öffentlichen Mittel:

Maßnahme	Zahl der Bewilligungsbescheide	bewilligt in DM
1) Wiederaufbau, Instandsetzung (Darlehn)	88	389.250,-
2) Verlorene Zuschüsse für alle Maßnahmen	74	106.840,-
3) Eigenheime Siedlungen (Darlehn)	45	409.900,-
4) Steckengebliebene Bauten (Darlehn)	16	76.000,-
5) Soforthilfedarlehn	14	71.300,-
6) Mietwohnung (Darlehn)	7	168.020,-
7) Um-, Ausbaudarlehn	5	12.120,-
8) Reparaturdarlehn	1	2.000,-

zusammen = 250 Bewilligungen mit insgesamt 1 235.430,- DM

9) Nach § 7 des Wohnungsbaugesetzes wurden 78 Bescheinigungen zur Erlangung der Grundsteuervergünstigung beantragt und ausgestellt. Das waren 190 Wohnungen, die auf die Dauer von 10 Jahren von der Grundsteuer befreit wurden.

10) Mit den aufgeführten öffentlichen Mitteln wurden 240 neue Wohnungen geschaffen.

In der Bilanz sind die Mittel für den Volkwohnungsbau (ausgeführt am Hohenstein durch die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Olpe) nicht enthalten. Ebenfalls sind die mit den genannten Maßnahmen verbundenen Fremdmittel (1. Hypotheken, Bausparbeträge auf Grund von Bausparverträgen, Arbeitgeberdarlehn usw.) nicht aufgeführt. Die Städtische Sparkasse ist an der Hergabe der 1. Hypotheken maßgebend beteiligt.

e) Leistungen der Stadt für den Wohnungsbau

Die Stadt hat für den Wohnungsbau direkt oder indirekt aufgewendet:

1) Zuschüsse für die Instandsetzung privater Wohnungen		10.453,- DM
2) Erwerb von Holzhäusern (Behelfsheime)		13.841,- "
3) Wohnhaus am Bratzkopf		50.651,- "
4) Aufwendungen zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues durch		
a) verbilligte Hergabe von Baupland an Gemeinnützige Wohnungsunternehmen einschl. Verzicht auf Straßenanliegerbeiträge	40.932,-	
b) Erwerb von Straßengelände, Vermessungen pp.	<u>3.685,-</u>	44.617,- "
5) Straßenbau und Kanalisation		
a) im Baugebiet hinter dem Oberlyzeum und zu den Volkwohnungen am Hohenstein	122.011,-	
b) im Kleinsiedlungsgebiet am Stötohen	71.068,-	
c) in sonstigen Stadterweiterungsgebieten (Am Hang, am Imberg, hinterste Vellmicke, an der Lindenhardt, an der Eichhardt, in der Hakemicke usw.)	<u>162.657,-</u>	355.736,- "
Außerdem:		
a) Gewährung von Wohnungsbau-darlehn	40.100,-	
b) Stundung von Grundstücks-kaufgeldern (Grundschildforderungen)	33.814,-	
c) Verrentung von Straßenanliegerbeiträgen	<u>25.711,-</u>	<u>99.625,- "</u>

Aufwendungen insgesamt: 574.923,- DM

3.) Tiefbauten

Wenn sich auch dieser Bericht nur auf die Zeit nach der Währungsreform erstreckt, so muß doch vorweg auf den durch die Kriegsverhältnisse verursachten Zustand hingewiesen werden.

Nach dem Zusammenbruch im April 1945 galt es zunächst, die Kriegsschäden an den Hauptverkehrsstraßen sowie an der Kanalisation und den Versorgungsleitungen so schnell wie möglich zu beheben, um das Wirtschaftsleben in der Stadt wieder in Gang zu bringen. Durch freiwilligen Ehrendienst wurden die Straßen von den Trümmern der zerstörten Häuser gesäubert. Erhebliche Schuttmassen der Luftschutzeinrichtungen (Stollen) wurden von Straßen und Plätzen abgefahren. An der Straßenkreuzung vor dem Kölner Hof und auf der Martinstraße in Höhe der Firma Heller & Köster waren Schäden an Straße, Kanalisation und Versorgungsleitungen zu beseitigen. Die Straßenkreuzung vor dem Kölner Hof erfuhr dabei eine völlige Umlegung und Erhöhung der Pflasterdecke. Noch im Herbst 1945 war die völlig zerstörte Brücke über die Olpe im Zuge der Kölner Straße neu erstellt. Die Neugestaltung des besonders stark zerstörten Stadtteiles unterhalb der Stadtmauer erforderte umfangreiche Planungsarbeit und Verhandlungen mit den betroffenen Grundbesitzern. Um das Weierhohl zukünftig vor Hochwasserschäden zu schützen, wurden die ersten Mauern zur Einfassung der Olpe auf der linken Bachseite ausgeführt. Der Mühlengraben wurde auf einer Länge von ca. 100 m durch Mauern eingefast und durch eine Betondecke geschlossen. Ein weiteres Stück des Mühlengrabens wurde im Zuge der Pannenklopperstraße in der gleichen Weise überdeckt. Nicht unerwähnt bleiben darf die Behebung der Schäden, die sich im Januar 1946 durch den Wassereinbruch in das Maschinenhaus der Wasserversorgungsanlage am Gaswerk ereigneten. Unter schwierigsten Verhältnissen mußten neue Wände und Decken in das Pumpenhaus eingebaut werden.

Nach diesen wesentlichen bis 1948 zur Durchführung gekommenen Arbeiten wurden dann von der Währungsreform ab die folgenden Maßnahmen ausgeführt:

#### a) Straßenbau

Die Aufschließung des Stadterweiterungsgebietes am Kimlickenberg war eine der vordringlichsten Aufgaben, um die Wohnungsbautätigkeit in Gang zu bringen. So wurde als erstes die Goethestraße hinter dem Oberlyzeum als Verbindungsstraße zwischen der Kurfürst-Heinrich-Straße und Josefstraße in einer Länge von 230 m und einer Breite von 15 m ausgeführt. Sie erhielt Packlagebefestigung und eine Teertränkdecke mit beiderseitiger Bordsteinanlage.

Schillerweg. An ihm entfaltete sich die erste Bautätigkeit. Von der Gesamtlänge dieser Wohnstraße von 190 m wurde bis 1950 zunächst eine Teilstrecke von 125 m mit wassergebundener Decke und beiderseitiger Bordsteinanlage ausgeführt. Die Straßenbreite einschl. der Bürgersteige beträgt 7,50 m. Für das Reststück von 65 m wurde bisher nur das Planum hergestellt.

Kettelerweg. Er stellt wie der Schillerweg eine reine Wohnstraße von 7,50 m Breite dar. Bisher konnten nur 60 m der insgesamt 220 m langen Straße mit Packlage und wassergebundener Decke befestigt werden. Für weitere 60 m wurde das Planum hergestellt.

Die Josefstraße wurde von der Goethestraße ab bis zur Erbergerstraße um 180 m verlängert. Die Breite beträgt 13 m. Sie erforderte im unteren Teil erheblichen Erdaushub. Die anfallenden Erdmassen wurden zur Herstellung der Goethestraße verwendet. Die Befestigung erfolgte mit Packlage und wassergebundener Decke.

Platz Hoher Stein. Nach dem für die Stadterweiterung am Kimickerberg aufgestellten Bebauungsplan war am Hohenstein ein großer Platz mit umgebenden Straßen für die Errichtung von 127 Volkswohnungen vorgesehen. Die Straßen um diesen Platz herum wurden in einer Gesamtlänge von 330 m ausgehoben, mit Packlage und mit wassergebundener Oberfläche befestigt sowie mit beiderseitigen Rinnen und Bordsteinanlagen versehen. Der Freie Platz wurde ebenfalls ausgehoben und planiert.

Bergstraße. Zur Erschließung des Baugeländes am Hohenstein war der Ausbau bzw. die Verlegung der Bergstraße Voraussetzung. 85 m Straße wurde mit dem notwendigen Unterbau, den Bordsteinen und mit einer wassergebundenern Decke ausgeführt und damit der Anschluß an den vorerwähnten Platz hergestellt.

Die Erzbergerstraße erschließt das Stadterweiterungsgebiet am Kimickerberg von der Bruchstraße her. In einer Gesamtlänge von 475 m und einer Breite von 13 m führt sie bis zu dem Platz am Hohenstein. In den Jahren 1949/50 wurde zunächst der untere Teil von der Bruchstraße ab in einer Länge von 160 m zur Erschließung des Kleinsiedlungsgebietes am Stötochen ausgebaut und mit Packlage und wassergebundener Oberfläche befestigt. In der Nähe der Bruchstraße mußte der dort gelegene Mühlengraben mit einem Betonbauwerk von ca. 19 m Länge und 1,80 m Durchflußbreite überbrückt werden.

Die Eichendorffstraße wurde in den Jahren 1948 - 51 in 3 Abschnitten als eine reine Wohnstraße für 28 Kleinsiedlerstellen ausgebaut. Ihre Länge beträgt 387 m, die Breite 7,0 m. Sie erhielt Packlagebefestigung, beiderseitige offene Pflasterrinnen und eine wassergebundene Oberfläche. In dem hügeligen Gelände waren erhebliche Erdbewegungen zur Herstellung des Planums erforderlich.

Rhoder Weg. Seit geraumer Zeit haben die Anwohner des Rhoder Weges auf den Ausbau ihrer Straße gedrängt. Weitere Wohnhäuser waren an dieser Straße bereits im Bau begriffen. In den Jahren 1949/50/51 wurde die Straße in 9 m Breite und einer Gesamtlänge von ca. 250 m vollständig ausgebaut. Erhebliche Erdbewegungen mußten vorgenommen und zur Anfüllung in dem unteren Straßenstück verwendet werden. Zur Abfangung der Böschung wurde an dem Wiesengrundstück des Wohnhauses Bieker eine Betonstützmauer von 30 m Länge und eine solche von 15 m am Grundstück W. Köster errichtet. Die Straße erhielt beiderseits Bordsteine und in einem Teilstück eine offene Pflasterrinne.

Maria-Theresia-Straße. Zwischen der Günsestraße und der Friedrichstraße wurde die Verbindung durch ein 65 m langes Straßenstück hergestellt. Die Straße wurde durch Packlage befestigt und erhielt beiderseits Bordsteine und eine Teertränkdecke. Der Anschluß zur Friedrichstraße muß noch befestigt werden.

An der Lindenhardt. Die Straße in der Lindenhardtsiedlung war bisher nur notdürftig ausgebaut. Erst im Jahre 1950 konnte den Anwohnern der langgehegte Wunsch auf Befestigung und Fertigstellung der Straße erfüllt werden. Etwa 130 m Straße wurde mit einer Teertränkdecke und beiderseitiger Bordsteinanlage versehen. 1 Jahr später erhielt der Weg zu der unter der Lindenhardt errichteten Hutfabrik eine neue Befestigung durch eine Schotterdecke. Der bis dahin in schlechtem Zustand befindliche Hohlweg erhielt stellenweise eine

Auffüllung von 1 m. Die Länge der neuen Straßenbefestigung betrug etwa 240 m.

Durch die Errichtung von 4 Wohnhausneubauten war der Aufgangsweg zum Gallenberg stark in Mitleidenschaft geraten. Der Weg mußte zwangsläufig erbreitert und durch Auftrag von Schotter und Schlacke befestigt werden. Zur Entwässerung des Weges wurde im unteren Teil eine Querrinne angelegt.

Westfälische Straße. Durch die Anlage eines Bürgersteiges gegenüber der Rockuskapelle ergab sich zwangsläufig die Umpflasterung und einseitige Erhöhung der halben Straßenbreite auf einer Länge von 150 m.

An der Eichhardt. Zur Verbesserung der seit langem bestehenden schlechten Straßenverhältnisse wurde eine neue Schotterdecke auf einer Länge von ca. 100 m aufgetragen und mit einer wassergebundenen Oberfläche versehen. Ca. 60 m Bordsteine und Pflasterrinne wurden angelegt.

Schützenstraße. Das Straßenstück zwischen Franz-Hitze-Straße und Kolpingstraße befand sich in einem schlechten Zustand. Auf dem vorhandenen Unterbau wurde durch Auftrag von Schotter und Herstellung einer Teertränkdecke eine neue Oberfläche geschaffen und beiderseits durch Bordsteine in einer Länge von 110 m eingefast. - Gleichzeitig wurde ein 100 m langes Straßenstück der Franz-Hitze-Straße rechts der Schützenstraße durch Auftrag von Schotter und Schlacke befestigt. Die obere Seite dieses Straßenstücks erhielt die noch fehlenden Bordsteine und die Bürgersteiganlage.

Auf der Mauer waren durch Kriegseinwirkung erhebliche Schäden eingetreten. Im Jahre 1950 wurde die Straße instandgesetzt und mit einer neuen wassergebundenen Decke versehen. Ebenso wurde eine Pflasterrinne zur Entwässerung der Straße angelegt.

Die Kirchgasse war ebenfalls durch Kriegseinwirkung in Mitleidenschaft gezogen. Sie war aber auch ohnehin schon lange erneuerungsbedürftig. Die alte Pflasterdecke wurde beseitigt und durch eine neue ersetzt. Die Länge dieses Straßenstücks beträgt 60 m.

Die Bahnhofstraße zwischen Bruchstraße und Kölner Straße war durch die Kriegsgeschehnisse ebenfalls betroffen, sodaß sich eine Umpflasterung unter teilweiser Verwendung des alten Materials als notwendig erwies. Die Bordsteine waren besonders beschädigt und mußten auf beiden Seiten erneuert werden. Die Straßendecke wurde gleichzeitig gehoben. Die dadurch bedingte Neuanlage der gleichfalls stark beschädigten Bürgersteige erfolgte auf Kosten der Anlieger; das fehlende Material wurde jedoch von der Stadt gestellt. Die Länge der erneuerten Straße beträgt 130 m.

Außer diesen Neuanlagen und großen Instandsetzungen erhielten in der Berichtszeit sämtliche Teerstraßen der Stadt eine Oberflächenbehandlung.

#### b) Erhebung von Straßenanliegerbeiträgen

Das erste Ortsgesetz zur Erhebung von Straßenanliegerbeiträgen in der Stadt Olpe vom 18. März 1898 wurde durch das neue Ortsstatut vom 4.9.1931 abgelöst. In zwei weiteren Nachträgen zu diesem Ortsgesetz ist die Erhebung der Beiträge für Eckgrundstücke neu geregelt worden (9.3.1935 und 2.2.1951).

Bis einschl. 1944 wurden die Anlieger von insgesamt 20 nach dem Erlaß des ersten Ortsgesetzes fertiggestellten Straßen zur Zahlung der anteiligen Straßenbaukosten herangezogen.

Durchschnittlich waren seinerzeit zu zahlen:

- 1) Freilegungskosten = 3,19 DM je qm Straßenfläche vor dem angrenzenden Grundstück
- 2) Kosten der ersten Einrichtung und Beleuchtung = 33,38 DM je lfdm Front des Grundstücks zur Straße

Die Anlieger der im Berichtszeitraum fertiggestellten und abgerechneten Straßen mußten aufbringen:

- 1) Goethestraße  
Freilegungskosten = 1,59 DM je qm  
Straßenbaukosten = 56,88 DM je lfdm
- 2) Schützenstraße (Franz-Hitze-Straße bis Kolpingstraße)  
Freilegungskosten = 0,74 DM je qm  
Straßenbaukosten = 47,30 DM je lfdm

c) Kanalisation

Durch den Neubau der Straßen zur Erschließung der Stadterweiterungsgebiete ergab sich zwangsläufig die Ausdehnung der städtischen Kanalanlagen. So wurde das bis 1948 mit 13.500 m Länge bestehende Kanalnetz um folgende Leitungen erweitert:

Goethestraße	230 m
Schillerweg	125 m
Kettelerweg	65 m
Josefstraße	180 m
Platz Hoherstein	330 m
Bergstraße	85 m
Erzbergerstraße	200 m
Elber Weg	195 m
Eichendorffstraße	387 m
Rhoder Weg	270 m
Unter der Lindenhardt	170 m
Kolpingstraße	165 m
Imbergstraße	250 m
Hardtweg	100 m
Auf der Mauer	120 m
Kirchgasse	55 m
Am Hang	260 m
Feldweg	170 m
Entwässerung Hakemicke	160 m
Zu Hildringhausen	60 m
Im Weierhohl	150 m
	<u>3727 m</u>

Das Kanalnetz hat nunmehr eine Länge von 17.227 m.

d) Bürgersteige

Nach einer für die Stadt Olpe bestehenden Observanz ist die laufende bauliche Unterhaltung und Reinigung der Bürgersteige Sache der Grundstückseigentümer. Aus diesem Grunde können hier auch nur die neuangelegten Bürgersteige erwähnt werden. Soweit

Tangensenden

es sich um den Ausbau neuer Straßen handelt (siehe 3 a) sind hierbei auch die Bürgersteiganlagen mit einbegriffen.

Der Fußgängerverkehr war auf dem sehr engen Bürgersteig in der Martinstraße von der Fabrik Eduard Müller bis zur Fabrik Gustav Imhäuser infolge des starken Kfz-Verkehrs äußerst gefährdet. Zur Beseitigung dieses Zustandes mußte der Bürgersteig durch linksseitige Anschüttung erbreitert werden. Nachdem sich der angefüllte Boden gesetzt hatte, wurde 1950 die Oberfläche mit Schlacke einplaniert und festgewalzt. Der Bürgersteig hat nunmehr eine ausreichende Breite von ca. 5 m.

Am Ortseingang in der Wüste entlang der Bundesstraße 54/55 waren die Verhältnisse nicht besser. Auch hier bestand für die Fußgänger infolge des sehr schmalen Gehsteiges zwischen Fahrbahn und den auf der Böschung stehenden Straßenbäumen eine erhebliche Unfallgefahr. So wurde schon zum Zeitpunkt der Währung damit begonnen, Schutt an der Böschung abzukippen mit dem Ziel, hinter der Baumreihe einen Bürgersteig zu schaffen. Bis zum Jahre 1951 waren die Arbeiten soweit gediehen, daß ein etwa 150 m langer Bürgersteig entstanden war. Der Bürgersteig soll demnächst bis zu dem Knick des Biggeflusses in Richtung Ronnewinkel weiter ausgebaut werden. Im Zusammenhang mit den Neuordnungsmaßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Stadtmitte wurden im Jahre 1951 vor den Geschäftshäusern Holterhoff, Schöne und Zeppenfeld in der Kölner Straße neue Bürgersteige aus Mosaikpflaster und Basaltin-Platten hergestellt.

Zur Sicherung des Personenverkehrs war es dringend notwendig, an der Ortsdurchfahrt der Bundesstraße 55 gegenüber der Rochuskapelle einen 160 m langen Bürgersteig mit Bordsteineinfassung anzulegen. Der dort befindliche offene Graben wurde verrohrt, zugefüllt und mit Schlacke eingedeckt. Die Arbeiten kamen Ende 1951 zur Ausführung. Damit wurde eine erhebliche Gefahrenstelle für Fußgänger beseitigt. Die Bürgersteiganlage erforderte einen Kostenaufwand von rd. 5000,- DM.

#### e) Verkehrseinrichtungen

In dem Berichtszeitraum wurden in Olpe verschiedene Maßnahmen zur Beseitigung unzulänglicher Straßenverkehrsverhältnisse durchgeführt.

Um die großen Verkehrsschwierigkeiten an der Omnibushaltestelle des Kraftverkehr A.G. Olpe an der Bruchstraße beim Kölner Hof zu beseitigen, war geplant, die Straße auf beiden Seiten zu erweitern. Aus finanziellen Gründen kam jedoch zunächst nur die Erbreiterung der rechten Straßenseite um 3,50 m zur Ausführung. Damit wurden die Verkehrsverhältnisse schon wesentlich verbessert. Die Arbeiten wurden 1949 mit einem Kostenaufwand von 7.860,- DM fertiggestellt. Die Erbreiterung der Fahrbahn auf der linken Seite soll zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt werden.

Eine außerordentliche Gefahr für den Kraftfahrzeugverkehr bildete immer schon die Kurve Kölner-/Martinstraße der Bundesstraße 54. Aus diesem Grunde und weil demnächst durch den Bau einer Umgehungsstraße der Verkehr der Bundesstraße 55 ebenfalls über die Martinstraße geleitet werden soll, war die Erbreiterung der Kurve Kölner-/Martinstraße unbedingt notwendig. Hiermit wurde gleichzeitig die Schaffung des Kurkölner Platzes verbunden, der in erster Linie als Parkplatz gedacht ist. Zur Herstellung des Platzes mußte der Olpebach auf einer Strecke von 31,5 m im Anschluß an die Brücke der Kölner Straße überbrückt

werden. Die Platzfläche wurde mit Schlacke und Schotter befestigt. Zur Sicherung des Fußgängerverkehrs wurden an sämtlichen Kurven vor dem Geschäftshaus Holterhoff, der Rheinisch Westfälischen Bank und entlang des Platzes Absperrketten angebracht. Die erwähnten Arbeiten kamen in den Jahren 1949 - 51 zur Ausführung.

Der jetzige Zustand des Platzes kann nur als ein Provisorium bezeichnet werden. Erst wenn er eine endgültige Oberflächenbehandlung und eine Markierung der Parkflächen, die in Pflaster oder Teerdeckenausführung vorgesehen sind, erhalten hat, können die Arbeiten als abgeschlossen angesehen werden.

#### f) Brückenbau

Über den Günsebach im Zuge der Maria-Theresia-Straße bestand bisher nur eine für Fußgänger vorgesehene schmale Holzbrücke. Diese Brücke befand sich 1950 in einem derartig schlechten Zustand, daß sie gesperrt werden mußte. Man entschloß sich daher, eine neue massive und befahrbare Brücke zu errichten, um auch eine verkehrsmäßige Verbindung des südlichen Stadtteils mit der Günsestraße zu erreichen. Mit dem Bau der Brücke, die eine Straßenbreite von 13 m und eine Durchflußbreite von 3,80 m vorsah, wurde am 10.10.1950 begonnen. Wegen des früh einsetzenden Hochwassers konnte das Bauwerk erst im Frühjahr 1951 fertiggestellt werden. Sie erhielt gleichzeitig an beiden Seiten ein eisernes Schutzgeländer. Die Baukosten betragen 8.200,- DM.

Die im Jahre 1940 errichtete Brücke über den Brachtpebach in Ronnewinkel im Zuge des Weges nach Frankhausen befand sich in einem verkehrsgefährdenden Zustand. Eine Erneuerung war deshalb unumgänglich notwendig. So wurde im Herbst des Jahres 1950 eine neue massive Betonbrücke erbaut. Sie wurde vorerst nur soweit fertiggestellt, daß sie dem Verkehr übergeben werden konnte. Das provisorische Geländer muß noch durch ein endgültiges ersetzt und die Fahrbahn mit einem weiteren Eichenbohlenbelag versehen werden. Die bisherigen Baukosten betragen 12.750,- DM.

Im übrigen erstreckten sich die Brückenbauarbeiten auf die allgemeine laufende Unterhaltung.

#### g) Wasserbau

Die Aufgaben des Bauamtes im Wasserbau erstreckten sich in den Jahren 1948/49/50/51 in erster Linie auf die Regulierung des Olpebaches. Der bisherige Zustand des Bachlaufes machte eine grundlegende Regulierung erforderlich, um weitere Hochwasserschäden an den Ufern zu vermeiden sowie Überschwemmungen, wie sie im Wölerhohl immer wieder auftraten, zu verhindern. Außerdem sollte durch die Regulierung auch das Stadtbild verbessert werden. Das Projekt sah für die Strecke von der Kölner Straße bis zum Löherweg beiderseits massive Ufermauern in Beton, ein Schlenpflaster in Bruchsteinen und in der Mitte des Bachlaufes eine 2 m breite mit Betonmauerwänden eingefasste Rinne zur Aufnahme des Sommerwassers vor. Auf der Strecke vom Löherweg bis zur Pohrtstraße wurden anstatt der massiven Ufermauern Erddämme vorgesehen.

Nachdem die Ufermauern bei Mertens und Gillrath bereits in der RM-Zeit fertiggestellt werden konnten, wurden die Bauarbeiten des I. Bauabschnittes -Strecke von Kölner Straße bis Löherweg- nach der Währungsreform Zug um Zug weitergeführt. Im Rechnungsjahr 1951 war der I. Bauabschnitt restlos fertiggestellt. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 104.147,03 DM. Zu diesen Kosten

wurde seitens des Landes Nordrhein-Westfalen eine Beihilfe von 38.700,- DM bewilligt und ein geringer Betrag von Anliegern aufgebracht.

Mit der Verwirklichung des Olpebachausbaues vom Löherweg bis zur Fohrtstraße soll im Jahre 1952 begonnen werden.

Im Zuge der Olpebachregulierung wurde im Jahre 1951 auch entlang der Sandstraße von der Lindenshardt bis zum Grundstück Schade eine Ufermauer in Beton ausgeführt. Auf der gegenüberliegenden Seite hatte die Firma Eduard Müller schon früher eine Betonmauer errichtet. Damit hat der Bachlauf auch an dieser durch Hochwasser bisher sehr gefährdeten Stelle eine ordnungsmäßige Einfassung erhalten. Durch die Errichtung der Mauer bestand die Möglichkeit, die Sandstraße an der scharfen Kurve zur Einmündung in die Kortemickestraße zum Bachbett zu erweitern. Auf der Betonmauer wurde vorerst ein Holzgeländer angebracht. Die Kosten des Projekts beliefen sich auf 20.920,70 DM. An den Kosten hat sich das Land Nordrhein-Westfalen mit etwa  $\frac{1}{3}$  der Summe beteiligt.

Die sonstigen Wasserbaumaßnahmen erstreckten sich auf die laufende Unterhaltung der Wasserläufe in der Stadt Olpe, wobei besondere Neubaumaßnahmen nicht mehr zu erwähnen sind.

#### 4.) Garten-, Park- und Grünanlagen

Zur Verschönerung des Stadtbildes und Förderung des Fremdenverkehrs wurden in den Jahren 1950/51 weitere Grünanlagen in Olpe geschaffen. So entstand zusammen mit der Anlage eines Bürgersteiges am Ortseingang in der Wüste eine schöne Grünanlage. Die Böschung sowie ein Streifen des Bürgersteiges wurde mit Grassamen angesät und mit Buschwerk bepflanzt. Hierbei handelt es sich zunächst nur um eine Teillausführung. Die Anlage soll demnächst in Richtung Ronnewinkel weiter ausgebaut werden. Außerdem wurden beim Hexenturm und gegenüber auf dem Grundstück des Antes Olpe in der Frankfurter Straße neue Grünflächen angelegt. Damit hat sich der Zustand der Umgebung des Hexenturmes und der Stadtmauer wesentlich verbessert. Darüberhinaus oblag dem Stadtgärtner insbesondere die Instandsetzung und Pflege der städtischen Grünanlage am Gallenberg sowie die Anpflanzung neuer Lindenbäume vor allem in den Stadterweiterungsgebieten.

Für das Jahr 1952 ist geplant, in Olpe und in der näheren Umgebung der Stadt mehrere neue Ruhebänke aufzustellen.

#### 5.) Fuhrpark

Während die Stadt in früheren Jahren auf die kostspielige Inanspruchnahme fremder Fahrzeuge angewiesen war, wird jetzt ein eigener Fuhrpark unterhalten. 1948 besaß die Stadt einen 3 to Mercedes-Lastkraftwagen, der aus Wehrmachtsbeständen stammte. Dieses Fahrzeug erwies sich jedoch infolge seines veralteten Zustandes für die umfangreichen Straßenbau- und sonstigen Tiefbauarbeiten als unzureichend. So wurde im April 1949 ein  $3 \frac{1}{2}$  to Magirus-LKW mit Kippvorrichtung angeschafft und der alte LKW in Zahlung gegeben. Aber auch mit dem modernen Fahrzeug waren die Arbeiten nicht zu bewältigen, sodaß nebenher noch fremde Fahrzeuge eingesetzt werden mußten. Aus diesem Grunde wurde im November 1951 ein weiterer  $3 \frac{1}{2}$  to Magirus-LKW mit Kippvorrichtung gekauft. Beide Fahrzeuge sind voll eingesetzt, sodaß die Rentabilität gegeben ist.

### 6.) Müllabfuhr

Am 13.3.1952 beschloß die Stadtvertretung, in Olpe eine städt. Müllabfuhr, die aus hygienischen Gründen für notwendig erachtet wurde, einzurichten. Gleichzeitig wurde die Satzung über den Anschluß- und Benutzungszwang erlassen. Da die Anschaffung eines Spezial-Müllwagens aus finanziellen Gründen noch nicht möglich war, wurde zunächst einer der Magirus-LKWs zum Zwecke der Müllabfuhr umgebaut und mit einem geschlossenen Kasten-aufbau versehen. Damit sind alle Voraussetzungen geschaffen, die Müllabfuhr zum 1.4.1952 in Betrieb zu setzen.

### 7.) Bauhof

Das Bauamt verfügt über kein abschließbares und einbruchsi- cheres Lagergebäude. Die Baumaterialien werden auf dem freien Platz neben dem Gaswerk in der Trift gelagert. Während der vielen Straßenbau- und Kanalisationsarbeiten in den Jahren 1949/50/51 wurden große Mengen Zementrohre, Schächte, Schacht- abdeckungen, Rinneneinläufe, Pflastersteine, Bordsteine, Schot- termassen und sonstige Baumaterialien auf dem genannten Platz im Freien gelagert. Die Geräte der städtischen Arbeiter (Schaufeln, Gabeln, Hacken, Schubkarren und sonstige Straßenbau- und Kanalisationsgeräte) werden notdürftig in einigen Kellerräumen des Rathauses und in dem Schuppen hinter dem Rathaus unterge- bracht. Es wäre zu wünschen, wenn die Schaffung eines ausrei- chenden Lagergebäudes alsbald verwirklicht werden könnte.

### 8.) Städtisches Freibad im Dohm

Das städtische Freibad im Dohm befand sich z.Zt. der Währungs- reform infolge der Nachkriegsverhältnisse in einem schlechten baulichen Zustand. Aus diesem Grunde waren umfangreiche Repara- turarbeiten notwendig. So wurden am Becken Schäden ausgebessert und die Laufstege auf den Böschungen mit einem Plattenbelag versehen. Die Badekabinen und Ruhebänke erhielten einen neuen Anstrich. Außerdem wurden neue Rettungsringe und -stangen so- wie Turn- und Sportgeräte angeschafft.

Der Besuch der Badeanstalt war als gut zu bezeichnen. Nahste- hende Aufstellung gibt einen Überblick über den Besuch der Anlage

Badesaison	Kinder bis	Jugendliche	Erwachsene	Einnahmen an Badegebühren DM
	14 Jahre	14 -18 Jahre	ab 18 Jahre	
1948 (ab 21.6.)	1.699	450	984	795,10
1949	5.102	2.283	3.230	1.991,30
1950	5.681	3.301	3.004	2.386,50
1951	6.006	3.783	2.755	2.471,50

### 9.) Warmwasserbad in der Volksschule am Imberg

Schon seit Jahren bestand die Absicht, in Olpe ein Warmwasser- bad einzurichten. Die Notwendigkeit einer solchen Anlage für die 10.500 Einwohner zählende Stadt ergab sich aus der Tatsache, daß viele Familien über eine eigene Badesanrichtung nicht ver- fügten. Dieses traf sowohl für einen großen Teil der einheimi- schen Bevölkerung als auch insbesondere für die zahlreichen Flüchtlingsfamilien zu. Diesem Personenkreis sollte nunmehr

die Möglichkeit gegeben werden, allwöchentlich ein Warmwasserbad zu nehmen. Aus diesem Grunde wurde zu Beginn des Jahres 1949 in der kath. Volksschule am Iaberg eine Badeeinrichtung geschaffen. Die Anlage umfaßt 8 abgetrennte Brausen und 4 Wannen.

Die Badegebühren wurden wie folgt festgesetzt:

1 Brausebad	0,40 DM
1 Wannenbad	1,00 DM

Für Minderbemittelte sind die Preise um die Hälfte ermäßigt.

Die Anlage wurde am 4.5.1949 eröffnet, wobei die Badezeiten auf freitags und sonnabends ab 15,00 Uhr festgesetzt wurden.

Folgende Übersicht gibt Aufschluß über den Besuch des Bades:

	Brausebäder	Wannenbäder	Einnahmen an Badegebühren DM
Rj. 1949 (ab. 4.5.)	1.621	533	1.032,20
Rj. 1950	2.890	1.042	1.782,30
Rj. 1951	2.515	709	1.369,00

XV. Wirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen.

1. Stadtwerke.

Die Stadtwerke sind als wirtschaftliches Unternehmen ein Eigenbetrieb der Stadt. Ihnen obliegt die Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser. Seit dem Jahre 1950 haben die Werke auch die Beleuchtung der Straßen übernommen. Das Versorgungsgebiet umfaßt im wesentlichen den Stadtkern. Mit elektrischer Energie und teilweise auch mit Wasser werden jedoch auch die Randgebiete wie: Ronnewinkel, Rosenthal, Kirchesohl, Hessenhammer, Olpey Mütte und Biggestrasse beliefert.

Die Entwicklung der Werke hielt sich bis Mitte des letzten Weltkrieges in normalen Bahnen. Der Stromverbrauch stieg seit 1943 ganz erheblich an, während in den Kriegsjahren beim Gas- und Wasserverbrauch kein Aufstieg zu verzeichnen war.

Von den Kriegereignissen sind die Stadtwerke auch nicht verschont geblieben. Durch die kurz vor Kriegsschluß erfolgte Bombardierung der Stadt wurden die Versorgungseinrichtungen und Leitungen erheblich zerstört. Der ermittelte Kriegsschaden ist mit rd. 125.000 Mk. beziffert. Die Beseitigung der Kriegsfolgeschäden erforderte jedoch einen weiteren Aufwand von etwa 60.000 Mk. Mit der Deckung des in den Kriegs- und Nachkriegsjahren angestauten Bedarfs an Materialien für Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten konnte aber überwiegend erst nach der Währungsreform begonnen werden. Die restlose Beseitigung der erforderlichen Nachholarbeiten ist auch jetzt noch nicht abgeschlossen und dürfte sich unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse noch einige Jahre hinziehen, zumal die Stadtwerke infolge der regen Bautätigkeit erhebliche Mittel für Netzerweiterungen, Vergrößerung der Umformanlagen und für Anschlußbewegungen aufzubringen haben.

a. Elektrizitätswerk.

Die benötigte Strommenge wird von den Lister- und Lenne- kraftwerken bezogen. Der Umformung des hochspannungsseitig bezogenen Stromes dienen nachstehende Transfor-

Transformatorstationen:

		Trafoleistung kVA	kwh-Anteil %
Station I	Rathaus	200	13,28
"	II Weiernohl	100	12,23
"	III Olper Mütte	100	15,68
"	IV Bruchstrasse	125	13,17
"	V In der Wüste	200	26,25
"	VI Landwirtschaftsschule	100	8,35
"	VII Wasserwerk Biggetal	100	5,92
"	VIII Finkenstrasse	50	5,12
		<u>975</u>	<u>100</u>

Für die Stadtteile Ronnewinkel, Lessenhammer, Kirchesohl und den unteren Teil der Wüste ist zur Behebung der sehr schlechten Spannungsverhältnisse im August 1952 eine neue Transformatorstation mit einer Leistung von 100 kVA in Betrieb genommen worden. Diese Station übernimmt nun auch gleichzeitig einen großen Teil der Leistung der überbelasteten Station "In der Wüste". Zur Sicherstellung der Stromversorgung der Bewohner des Stadtteiles Noner Stein ist der Neubau einer weiteren Trafostation an der Erabergerstrasse geplant. Die Arbeiten sollen im Frühjahr 1953 in Angriff genommen werden.

Bezugs- und Abgabemengen in den letzten 4 Jahren:

Wirtschaftsjahr:	1948 kwh	1949 kwh	1950 kwh	1951 kwh
Strombezug	1.827.331	1.770.610	1.879.175	2.204.309
Stromabgabe	<u>1.640.630</u>	<u>1.649.074</u>	<u>1.734.252</u>	<u>1.899.660</u>
Netzverluste in %	10,20	6,86	7,11	9,72
Von der Stromabgabe entfallen auf:				
a) Haushalt	668.111 = 40,7%	702.375 = 42,5%	724.485 = 41,8%	796.548 = 41,9%
b) Gewerbe	712.741 43,4"	699.229 42,4"	747.325 43,0"	841.659 44,4"
c) Sonderabnehmer	71.746 4,3"	63.293 3,8"	72.253 4,2"	69.308 3,6"
d) An die Gemeinde	45.228 2,9"	36.020 2,2"	41.475 2,4"	25.035 1,3"
e) Eigenverbrauch	142.804 8,7"	129.257 7,8"	148.715 8,5"	166.910 8,8"

In den letzten 10 Jahren ist der Verbrauch um 1.230.744 kwh d. h. 140,9 % gestiegen.

Neuanlagenzugänge in den letzten 4 Jahren:

	<u>Betrag</u> DM
Stand am 21.6.48 (M-Eröffnung)	238.375,00
Zugang 1948 II	3.877,46
" 1949	29.644,29
" 1950	14.838,80
" 1951	39.279,34
Abgang 1951	<u>3.371,00</u>
	328.645,89

Insgesamt wurden demnach für Eltzwerk DM 92.639,89 investiert.

Umfang der Anlagen

	<u>Verteilungsnetz</u>		<u>Hausanschlüsse</u>		<u>Zähler</u>
	<u>Länge m</u>	<u>Länge m</u>	<u>Stückzahl</u>	<u>Stück</u>	
Stand 21.6.1948	26.668	16.781	969	2.088	
Zugang 1948 II	-	606	28	60	
" 1949	660	1.652	46	301	
" 1950	1.289	1.397	61	119	
" 1951	985	1.247	41	285	
Abgang 1951	<u>125</u>			<u>52</u>	
Umfang am 31.3.52 =	29.477	21.683	1.145	2.801	

b. Gaswerk.

Seit dem Jahre 1930 werden die benötigten Gasmenngen von der Westfälischen Ferngas A-G. Dortmund bezogen. Angeliefert wird das Gas hochdruckseitig mit einem Entnahmedruck von 1,5 - 2 Atü. Die Regelung auf den gewünschten Niederdruck von 60 - 70 mm WS erfolgt in den beiden Reglerstationen Werk Biggetal und Werk Bergstrasse. Letztere wurde im Februar 1951 in Betrieb genommen und hat eine Stundenleistung von 500 cbm. Mit beiden Anlagen können Spitzenleistungen bis zu 800 cbm/h übernommen werden. Die derzeitige Belastungsspitze liegt bei 450 cbm/h.

Benutzungs- und Abgabemengen in den letzten 4 Jahren

Wirtschaftsjahr:	1948 cbm	1949 cbm	1950 cbm	1951 cbm
Gasbezug	970.592	984.818	1.152.852	1.486.625
Gasabgabe	894.311	976.488	1.149.900	1.449.596
Netzverluste	76.280	8.330	2.952	37.029
in %	7,86	0,86	0,26	2,49
Von der Gasabgabe entfallen auf:				
a) Haushalt und Gewerbe	550.748 = 61,6%	622.531 = 63,7%	662.974 = 57,6%	790.695 = 54,5%
b) Heizgas (ohne Gemeinde)	66.104 7,4"	64.379 6,6"	40.528 3,5"	186.377 12,9"
c) Sonderabnehmer	107.952 12,0"	77.705 8,0"	111.938 9,7"	107.175 7,4"
d) An die Gemeinde	150.262 16,8"	195.468 20,0"	243.568 21,2"	250.407 17,3"
e) Eigenverbrauch	19.245 2,2"	16.405 1,7"	90.892 8,0"	114.672 7,9"

Die Steigerung bei der Gasabgabe betrug in den letzten 10 Jahren  
 $\approx 743.904 \text{ cbm} = 100,1\%$

Neuanlagenzugänge in den letzten 4 Jahren:

	Betrag DM
Stand am 21.6.48 (DM-Eröffnungsbilanz)	243.248,00
Zugang 1948 II	26.940,30
" 1949	30.261,57
" 1950	66.255,94
" 1951	98.922,67
Abgang 1951	3.217,56
	<u>462.410,92</u>

Insgesamt wurden für Gaswerk 21 222.380,48 investiert.

Umfang der Anlagen.

	Verteilungsnetz		Hausanschlüsse		Zähler
	Länge m	Länge m	Stückzahl	Stück	
Stand am 21.6.1948	17.446	7.100	669	2.142	
Zugang 1948 II	637	301	22	151	
" 1949	846	604	60	233	
" 1950	2.125	724	77	304	
" 1951	1.575	605	61	464	
Abgang 1951	155			100	
Umfang am 31.3.52	22.474	9.334	889	2.194	

9. WASSERWERK

Der Wasserbedarf, der im Tagesmittel bei 1.200 cbm liegt und Spitzen bis zu 1.400 cbm/Tag aufweist, wird aus Quellauffassungen und Sickeranlagen gedeckt. Der Hauptanteil entfällt auf das Werk Biggetal

	mit 64 %
Es folgen: Quelle Rhonard	" 22 %
Himalischer Berg (Quellwasser)	" 4 %
Himalischer Seifen mit Pumpwerk Günsa	" 1 %
Brauchwasserwerk Biggetal	" 9 % der Gesamtleistung

Bereits seit Jahren konnten die Werke den erforderlichen Bedarf, welcher der Einwohnerzahl entsprechend mit 1.400 - 1.500 cbm/Tag angesetzt werden kann, nicht decken. Die Erschließung neuer Gewinnungsanlagen ist in die Wege geleitet und es ist zu hoffen, daß ab Sommer 1954 der Wassermangel für längere Jahre restlos behoben sein wird.

Förder- und Abgabemengen in den letzten 4 Jahren:

Wirtschaftsjahr:	1948 cbm	1949 cbm	1950 cbm	1951 cbm
Wasserförderung	424.525	425.525	433.553	408.580
Wasserabgabe	348.508	352.702	332.032	327.200
Netzverluste	76.017	69.320	100.724	81.380

Die verhältnismäßig hohen Wasserverluste sind auf folgende Ursachen zurückzuführen: 1. Ungenauere Erfassung der Abgabemengen in höher gelegenen Stadtteilen, da ungenügender Druck. 2. Das verschlammte Rohrnetz konnte wegen Wassermangel nicht genügend gespült werden. Die Nebeneinrichtungen waren stark verkrustet. 3. Rohrbrüche noch von der Bombardierung herrührend waren nur schwer auffindbar, da das Austrittswasser auf kürzestem Wege in das Kanalaroernetz abfloß.

Von der Wasserabgabe entfallen auf:

a) Haushalt u. Gewerbe	230.20%	74,4%	267.22%	74,8%	236.20%	77,0%	241.575%	76,2%
b) Sondertarifabnehm.	53.957	9,7%	31.725	8,8%	28.454	8,5%	29.724	9,1%
c) Brauchwasser	12.659	14,9%	53.370	14,9%	36.324	10,9%	34.254	10,7%
d) An die Gemeinde	3.056	0,9%	6.054	1,7%	11.421	3,5%	11.349	3,5%
e) Eigenverbrauch	669	0,2%	1.327	0,3%	284	0,1%	397	0,5%

In den letzten 10 Jahren ist die Wasserförderung um 56.680 cbm = 16,5 % gestiegen.

Neuanlagenaufnahme in den letzten 4 Jahren:

	Betrag DM
Stand am 21.6.48 (P-Eröffnungsbilanz)	591.451,00
Zugang 1948 II	29.248,97
" 1949	49.160,73
" 1950	46.092,86
" 1951	59.245,15
Abgang 1951	1.330,00
	<hr/> 773.868,73

Beim Wasserwerk wurden insgesamt DM 103.747,73 investiert.

Umfang der Anlagen Wasserwerk

	Verteilungsnetz		Hausanschlüsse		Zähler
	Länge m	Länge m	Stückzahl	Stück	
Stand am 21.6.48	21.828	10.326	897	1.112	
Zugang 1948 II	451	194	15	102	
" 1949	2.354	203	74	3	
" 1950	1.774	737	56	70	
" 1951	1.485	740	44	152	
Abgang 1951	123			73	
	<hr/> 27.529	<hr/> 12.900	<hr/> 1.086	<hr/> 1.429	

Die Gas- und Elektrizitätsstraßenbeleuchtung ist mit den Anlagen zugängen bei den entsprechenden Werken erfasst. Am 31.3.1952 waren in Betrieb:

- 114 Gasstraßenleuchten mit 421 Glühkörpern
- 44 Elektrische Leuchten " 100 Glühlampen bzw. Leuchtstoffröhren

C. Anlagen, die allen Werken dienen:

- Hierzu gehören:
- Wohngebäude einschl. Grundstücke
  - Fuhrpark
  - Geschäftsausstattung
  - Geräte und Werkzeuge
  - Sonstige Anlagen
  - Gleisanschluss

Neuanlagenzugänge in den letzten 4 Jahren:

	Betrag DM
Stand am 21.6.48 (P-Eröffnung)	51.862,00
Zugang 1948 II	
2 Fahrräder	568,00
1 Volkswagen	5.500,00
1 Säulenbohrersch.	1.519,80
Schneidwerkzeuge	241,99
	<hr/> 8.829,79
Zugang 1949	
1 Lastwagen	29.789,50
1 Fahrrad	229,50
1 Bürostahllechtrank	105,23
1 Schleifmotor	119,25
	<hr/> 30.243,48

				Überschlag:
				<u>DM</u>
Zugang 1950	1 Fahrrad	DM	100,50	63.756,79
	1 Volkswagen	"	5.776,69	
	1 Addiermaschine	"	1.425,00	
	1 Schreibmaschine	"	796,74	
	Büroschreib	"	309,89	
	Leuchten u.ä.	"	110,50	
	1 Luftpumpe-Schraubst.	"	692,59	
abgang 1950	1 Volkswagen	"	5.300,00	4.601,26
Zugang 1951	1 Krafttrad u. Anhänger	DM	1.416,21	
	1 Franklosmaschine	"	1.011,65	
	Büroschreib	"	2.103,29	
	Geräte versch.	"	480,23	5.016,53
				<u>50.992,50</u>

Neuinvestiert wurden hiernach DM 37.291,50

Die Gesamtneueinvestitionen nach der Währungsreform betragen:

Stromwerk	DM	92.639,89
Gaswerk	"	222.500,40
Wasserwerk	"	133.747,75
Gemeinsame Sachanlagen	"	37.121,50
	DM	<u>535.959,60</u>

Personalstand am Schluß des Berichtsjahres:

- 1 Betriebsleiter
- 1 Buchhalter
- 1 kaufm. Angestellter
- 1 " Angestellte
- 2 Zählerableser
- 1 Werkmeister
- 1 Elektromeister
- 2 Maschinisten
- 3 Installateure
- 1 Helfer
- 1 Kraftfahrer u. Schlosser
- 1 Elektromonteur

## 2. Städtische Sparkasse.

Die Bestrebungen der Stadtverwaltung im wirtschaftlichen Bereich wurden wesentlich unterstützt durch die Städtischen Sparkasse. Ihre günstige Entwicklung machte es ihr möglich, bei allen wirtschaftlichen Planungen wertvolle Finanzierungshilfe zu leisten. Die Gesamteinlagen der Sparkasse waren bis zum 31.1.1952 auf 5.714.000,- DM angewachsen. Der Gesamtumsatz auf einer Hauptbuchseite betrifft sich in der B.-rechnung bis zum 31.3.1952 auf 357.000.000,- DM.

Für unmittelbare Zwecke des Wohnungsbauwerkes wurden bis zum 31.3.1952 gegen Grundpfandrechte 674.000,- DM ausgeliehen; dazu treten als mittel- und kurzfristige Ausleihungen weitere 917.000,- DM. Die mittelbar über das Bauhandwerk für den gleichen Zweck bereitgestellten Kredite sind darin nicht enthalten.

Die übrigen Geschäftszweige erhielten - ohne die zeitlich begrenzten kurzfristigen Kredite - mittel- und kurzfristige Kreditzusagen über zusammen rd. 2.300.000,- DM, wovon ein erheblicher Teil auf das Handwerk entfällt.

Für öffentliche Aufgaben wurden von der Sparkasse lange und mittelfristig rd. 340.000,- DM und an Kassenkrediten vorübergehend bis zu 130.000,- DM zur Verfügung gestellt.

## 3. Schlachthof.

Der städtische Schlachthof zeigte sich in und nach dem Kriege als Zuschußbetrieb, weil

- 1.) die Zahl der Schlachtungen durch die Zwangsbevirtschaftung herunter gedrückt wurde.
- 2.) die Gebühren nach dem Tarif von 1934 erhoben wurden, die Betriebs- und Unterhaltungskosten jedoch erheblich gestiegen sind.

Um die Einkünfte des Schlachthofes zu heben, wurde die Fleischherstellung gesteigert und eine neue Gebührenordnung erlassen, die ab 1.4.1950 eine 25 % ige Erhöhung der Benutzungsgebühren vorsieht.

Es konnten bisher nur die notwendigsten Anschaffungen gemacht und die dringendsten Instandsetzungsarbeiten ausgeführt werden.

#### 4. Stadtwald.

Mit der Währungsreform normalisierten sich auch die Verhältnisse im Stadtwald Olpe. Die Überhiebe wurden auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt. Diebstähle und andere Übergriffe ließen allmählich nach.

Das Bestreben der Stadtverwaltung, die gemeinsame Betreuung des Stadt- und Stantewaldes durch den Staatsoberförster in Olpe aufzulösen, fand endlich im September 1948 die Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Zum Zwecke einer intensiven Bewirtschaftung und Betreuung des Waldes wurde der Hilfsförster Weißgerber eingestellt.

Grundsätzlich wurde der Bewirtschaftung der Gedanke zu Grunde gelegt, die Waldungen in Stadtnähe (Hardt, Finkennagen, Osterseifen) nach ästhetischen, die abgelegenen (Griesemert, Neuenwald) nach ertragswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bewirtschaften.

Nach längeren Verhandlungen konnten von der Stadt zur Aufrundung des Waldbesitzes auf der Griesemert 4,6 ha mit 750 fm fichtenbestockte Grundfläche angekauft werden. Zur Aufbringung der Kaufsumme erfolgte ein Loshieb im Distrikt 107.

Die verworrenen Grenzverhältnisse auf der Griesemert machten eine Grenzvermessung und Markierung notwendig. Die Vermessungen wurden von dem Vermessungsbüro Langenbach im November 1950 durchgeführt.

Die Steigerung der Holzpreise brachte weit über dem Voranschlag liegende Erlöse:

Rechnungsjahr 1950	38.000,-- DM
" 1951	49.000,-- DM

## XVI. Der Fremdenverkehr

Olpe hat ausgesprochen gepflegte Gaststätten, die den zahlreichen Fremden freundliche Unterkünfte bieten. In der Stadt selbst herrscht der Durchgangsverkehr vor, (Bundesstraßen 54 und 55) aber auch hier macht sich bei den ruhiger gelegenen Gasthöfen ein Anwachsen von Dauergästen bemerkbar.

In den Sommermonaten ist Olpe Treffpunkt vieler Reisegesellschaften (Omnibusfahrten), vor allem kommt schon seit Jahren vom Monat April ab in gewissen Abständen die Reisegesellschaft Wolters aus Brinkum über Bremen, um regelmäßig mit etwa 50 Personen hier zu übernachten.

Durch 7 Hotels und 8 Gasthöfe in der Stadt Olpe mit insgesamt 182 Betten können alle Ansprüche befriedigt werden.

Die niedrigste Übernachtungszahl (durch Statistik erfaßt) war im Januar 1952 in Olpe mit der Belegung von 1.055 Betten. Die höchste Anzahl hatte der Monat August 1952, und zwar mit 2.710 Übernachtungen.





durch den Wirtschaftsprüfer ermittelt werden.

Im ungünstigsten Falle würden sich also die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1951 ausgleichen.

c) Finanzzuweisungen

Auf Grund der bisher in jedem Rechnungsjahr neu erlassenen Landesgesetze zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleiches erhielt die Stadt Olpe folgende Zuweisungen:

1) Schlüsseluweisungen

DM-Rechnungsjahr	1948		46.151,--	
"	1948	Überbrückungsbeihilfe	84.097,00	
"	1949		66.205,--	
"	1950		16.611,--	
"	1951		74.443,--	287.507,00 DM

2) Erstattung des Grundsteuerausfalls durch Kriegsschäden

Rechnungsjahr	1949	9.148,--	
"	1950	7.285,--	
"	1951	2.472,--	18.905,00 DM

Laufende Verminderung durch Beseitigung von Kriegsschäden.

3) Bedarfszuweisungen aus dem Ausgleichsstock

Rechnungsjahr	1949 (für Fehlbetrag 1948)	52.300,00 DM
---------------	----------------------------	--------------

4) Verwaltungskostenzuschüsse von Bahn und Post

Rechnungsjahr	1949	7.737,--	
"	1950	2.075,--	9.812,00 DM

5) Zweckgebundene Zuschüsse für Straßenbaukosten

Rechnungsjahr	1948	2.458,50	
"	1949	3.092,00	
"	1950	4.876,50	
"	1951	4.876,50	15.303,50 DM

6) Zuschüsse für Beseitigung von Kriegsschäden

Rechnungsjahr	1949	6.278,--	
"	1950	4.803,--	
"	1951	3.320,--	

Anteil der Stadt an den Zuschüssen für das Amt Olpe (ehemaliges Verwaltungsgebäude)

1949 + 1950	9.022,00 DM		
1951	5.501,00 "	15.323,--	29.724,00 DM
			<u>413.551,50 DM</u>

d) Kreisumlage

An den Landkreis Olpe wurden abgeführt:

Rechn. Jahr	Umlagesatz in v.H. x)	Betrag	je Kopf der Bevölkerung	in v.H. der Gesamtausgaben
1948	30 bzw. 26	112.456,-	11,23 DM	9,42 %
1949	31,8	149.510,-	14,61 "	9,55 %
1950	31,8	159.342,-	15,50 "	8,24 %
1951	32	158.424,-	15,15 "	6,99 %

k) der Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen

2.) Steuern, Abgaben, Gebühren

a) Grundsteuer

Die auf Grund von Teilkriegsschäden vorgenommenen Wertfortschreibungen der Einheitswerte auf den 1.1. bzw. 21.6.1948 hatten bis 31.3.1951 eine Änderung der betr. Steuermaßzahlen nicht zur Folge, so daß das Aufkommen an Grundsteuern in den Jahren 1948 (DM-Abschnitt) bis 1951 unverändert blieb. Die Ausfälle durch Kriegsschäden betragen in Olpe-Stadt:

1945	17.551,97	RM
1946	12.347,90	"
1947	8.515,85	"
1948	5.682,88	"
1949	4.419,60	DM
1950	1.146,94	"
1951	13.223,56	"

Die Herabsetzung der Grundsteuermaßbeträge infolge Kriegsschaden wurde ab 1.4.1951 wirksam.

Das Grundsteueraufkommen betrug:

Grundsteuerart	Hebesatz v.H.	Ist - A u f k o m m e n			
		1948 DM-Abschnitt DM	1949 DM	1950 DM	1951 DM
A	110	5.525	7.664	7.857,62	8.178,55
B	200	160.260	214.994	216.978,87	206.381,33

b) Gewerbsteuer

Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen: 445  
 Hebesatz: 275 v.H.  
 Ist-Aufkommen (einschl. Nachzahlungen aus Vorjahren)

1948 (DM-Abschnitt)	195.155,00	DM
1949	290.323,00	"
1950	378.092,99	"
1951	797.907,07	"

### Gewerbsteuerenausgleich

	<u>Einnahme</u>	<u>Ausgabe</u>
1948 und 1949 je	750,00 DM	12.820,00 DM
1950	1.800,00 "	18.000,00 "
1951	5.150,00 "	42.700,00 "

### c) Vergnügungssteuer

Am 9. März 1949 trat das Gesetz über die Vergnügungssteuer für Nordrhein-Westfalen vom 5. November 1948 in Kraft. Dieses Gesetz enthält erheblich niedrigere Hebesätze als die bislang geltenden Vergnügungssteuer-Ordnungen. Daher ist auch das Absinken des Steueraufkommens im Rechnungsjahr 1949 im Vergleich zum II. Halbjahr 1948 zu erklären.

#### Ist-Aufkommen:

1948 (DM-Abschnitt)	26.340,00 DM
1949	21.067,00 "
1950	19.342,15 "
1951	24.459,07 "

### d) Getränkesteuer

Die 10 %ige gemeindliche Getränkesteuer in der Stadt Olpe wird pauschal durch den Wirteverein und die Kaffeewirtschaften abgegolten.

#### Aufkommen:

1948 (DM-Abschnitt)	1.740,00 DM
1949	3.437,00 "
1950	3.072,00 "
1951	3.600,00 "

### e) Hundesteuer

Die Hundesteuer des Kreises Olpe wird durch die Gemeinden erhoben. Die Gemeinden sind an dem Aufkommen mit 50 v.H. beteiligt.

#### Ist-Aufkommen (50 %):

1948 (DM-Abschnitt)	285,00 DM
1949	852,00 "
1950	1.283,75 "
1951	1.619,75 "

### f) Gebühren und Abgaben

#### Kanalgebühren

Die Kanalgebühren werden zur teilweisen Deckung (80 %) der Verwaltungs- und Unterhaltungskosten der Stadtentwässerung einschl. der Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Baukapitals sowie zur Deckung der von der Stadt Olpe zu leistenden Beiträge an den Ruhrverband erhoben. Sie werden für Grundstücke, die an die Stadtentwässerung angeschlossen sind, je zur Hälfte nach dem Wasserverbrauch und nach dem Nutzungswert der Grundstücke berechnet.

Aufkommen:

1948 (DM-Abschnitt)	26.626,54 DM
1949	35.749,53 "
1950	39.178,85 "
1951	40.409,23 "

3.) Vermögen und Schulden

a) Grundvermögen

1) Das Grundeigentum

Der städtische Grundbesitz betrug am:

	21.6.1948	31.3.1951	31.3.1952	Mittel am 31.3.1952 gegenüber 31.3.1951 + = mehr - = weniger
	ar	ar	ar	ar
Acker	20.74,26	18.33,17	17.80,77	- 52,40
Wiese	10.02,76	9.09,08	9.52,08	+ 43,00
Weide	1.94,28	1.20,78	1.23,20	+ 2,42
Badeanstalt	1.81,44	1.81,44	1.67,96	- 13,48
Garten	2.30,92	2.65,96	2.62,79	- 3,17
Hof- und Ge- bäudefläche	6.29,20	6.87,69	6.75,35	- 12,34
Unland	16,36	12,35	6,77	- 5,58
Wege, Straßen u. Gewässer	12.83,86	13.58,74	15.18,50	+ 1.59,76
Wald	182.98,33	187.26,33	187.66,84	+ 40,51
	239.11,41	240.95,54	242.54,26	+ 1.58,72

Von den Grundstücken waren verpachtet:

1948:	433 Grundstücke,	Jahrespachteinnahme	4.436,84 DM
1949:	477 " "	" "	5.267,17 "
1950:	423 " "	" "	5.021,46 "
1951:	321 " "	" "	4.679,67 "

2) Der Grundstücksverkehr

Die Stadt hat es sich zur besonderen Aufgabe gemacht, durch die Bereitstellung oder die Vermittlung des erforderlichen Baugeländes den Wohnungsbau zu fördern. Sie hat in der Zeit zwischen der Währungsreform und dem 31. März 1952 Baugrundstücke, insgesamt 492,66 ar groß, für 94 Wohnhaus-Neubauten verkauft. Außerdem hat sie für die Errichtung von 31 Kleinsiedlungen 260,60 ar Grundbesitz in Erbpacht vergeben. Der Erlös aus den verkauften Baugrundstücken betrug 81.592,55 DM. Der jährliche Erbbauzins für die in Erbpacht vergebenen Baugrundstücke beträgt 625,80 DM.

Von den Baugrundstücken waren bis zum 31.3.1952 111 mit Wohnhäusern, enthaltend 281 Wohnungen, bebaut, 16 geplante Neubauten mit 34 vorgesehenen Wohnungen waren noch nicht begonnen oder fertiggestellt.

Zur Erlangung von Siedlungsgelände hat die Stadt 206,12 ar Tauschgrundstücke im Werte von 15.158,87 DM vermittelt.

In der Zeit vom 20.6.1948 bis 31.3.1952 hat die Stadt insgesamt 10.14,03 ar Grundstücke zum Preise von 185.879,- DM erworben. Außer den abgegebenen Baugrundstücken hat sie in der Berichtszeit 3.69,97 ar Grundbesitz zum Preise von 31.933,46 DM verkauft.

Die Neuordnungsmaßnahmen im kriegszerstörten Stadtzentrum und im Weierhohl machten weitgehende Grundstücksregulierungen notwendig. Zur Anlage des Kurkölnner Platzes und zur Verbreiterung der Kölner-, Mühlen-, Bahnhof- und Martinstraße, zur Neuaufteilung des Baugebietes Weierhohl und für die damit im Zusammenhang stehende Olpebach-Regulierung mußte die Stadt Grundstücke und Gebäudereste aufkaufen. In weitgehendem Maße war eine Umlegung und Neuaufteilung der Grundstücke unter die beteiligten Eigentümer notwendig. Die Maßnahmen wurden sämtlich ohne Anwendung gesetzlicher Mittel in langwierigen und schwierigen Verhandlungen durch gütliche Einigung zwischen den Beteiligten durchgeführt.

Die Gesamtaufwendungen der Stadt für diese Neuordnungsmaßnahmen betragen	287.081,96 DM.
Darauf wurden Landesdarlehn von	<u>200.000,00 DM</u>
gewährt, sodaß die Stadt	87.081,96 DM

=====

Eigenmittel aufbringen mußte.

3) Stadteigene Wohngebäude

In stadteigenen Wohngebäuden waren vermietet:

1948	61	Wohnungen,	Jahresmieteinnahme	26.300,00 DM
1949	68	"	"	29.223,00 "
1950	63	"	"	25.417,00 "
1951	69	"	"	28.391,26 "

b) Allgemeines Kapitalvermögen und Rücklagen

Durch die Währungsreform am 20.6.1948 verlor die Stadt durch Abwertung des Kapitalvermögens und der Rücklagen insgesamt 782.691,78 RM.

Inzwischen konnten nur verhältnismäßig geringfügige Beträge den "Besonderen Rücklagen" (Erweiterungs- und Erneuerungsrücklagen) zugeführt werden. Die Bildung der gesetzlichen Rücklagen (Betriebsmittelrücklage und allgemeine Ausgleichsrücklage) war noch nicht möglich.

Das allgemeine Kapitalvermögen und die Rücklagenbestände betragen am 31.3.1952:

1) Allgemeines Kapitalvermögen

a) Forderungen aus Hypotheken und Grundschulden	108.442,02	
b) Beteiligungen	29.640,00	
c) Sparguthaben	21.206,66	
d) Straßenanliegerbeiträge (Verrentungen)	<u>25.710,59</u>	184.999,27 DM

2) Rücklagen

a) Erweiterung der Kanalisationsanlagen	20.864,56	
b) Neubaurücklage für Feuerwehrgerätehaus	7.774,81	
c) Erneuerung der Büroeinrichtung	3.000,00	
d) Neubaurücklage für Forsthaus	5.000,00	
e) Wiederherstellung von Verwaltungsräumen (Kriegsschädenbeseitigung)	20.500,00	
f) Erneuerungsrücklage für den Städtischen Schlachthof	<u>1.686,02</u>	<u>58.825,39 DM</u>
		<u>243.824,66 DM</u>
		=====

o) Schulden

Verschuldung der Stadt - ohne Stadtwerke - am 20.6.1948	942.928,29 RM
Abwertung im Verhältnis 10 : 1	<u>848.635,46 RM</u>
Schuldenstand am 21.6.1948	94.292,83 DM

In der Zeit vom 21.6.1948 bis 31.3.1952 wurden Anleihen für folgende Zwecke aufgenommen:

1) Straßenausbau zu den Volkswohnungen am Hohenstein	75.000,00	
2) desgl. im Kleinsiedlungsgebiet am Stötchen	75.000,00	
3) Neubau des 6-Familien-Wohnhauses am Bratskopf	23.772,07	
4) Durchführung städtebaulicher Maßnahmen (Neuordnung der Stadtmitte und des Weierhchls)	180.000,00	
5) Neubau der Volksschule am Hohenstein	<u>80.000,00</u>	<u>433.772,07 DM</u>

		528.064,90 DM
Bis 31.3.1952 getilgt		<u>34.721,72 "</u>
Stand der Schulden am 31.3.1952		<u>493.343,18 DM</u>
		=====

Bei dieser Verschuldung beträgt der jährliche Schuldendienst:

Zinsen	22.834,00 DM
Tilgung	<u>17.183,36 "</u>
insgesamt	<u>40.017,86 DM.</u>
	=====

## A u s b l i c k

Der vorliegende Verwaltungsbericht für 1948 - 51 gibt einleitend einen kurzen Überblick über die Kriegseignisse in Olpe und die schweren Jahre nach dem Zusammenbruch. Diese Zeit ist gleichzusetzen mit den großen Schicksalsschlägen, die die Stadt Olpe in der Gestalt von Krieg, Feuer, Hunger und Pest so oft getroffen haben. Der Wiederaufbau und das Geschehen in den letzten Jahren haben bewiesen, daß in der Bürgerschaft der Stadt Olpe der Lebenswille nicht erloschen ist. Die Stadt selbst - Vertretung und Verwaltung - kann mit Befriedigung auf die Leistungen in den vergangenen Jahren zurückblicken. Noch nie in der Geschichte der Stadt ist in kurzer Zeit in solchem Maße gebaut worden, weder im Hoch- noch im Tiefbau.

Für die nächsten Jahre wird der Wohnungsbau nach wie vor im Mittelpunkt der gesamten Arbeiten der Stadt Olpe stehen. Dazu gehören der Grunderwerb, damit genügend Baugrundstücke verfügbar sind, der Straßenbau, die Kanalisation, die Verlegung der Versorgungsleitungen. Die Stadtentwicklung wird von dem zu erwartenden Bau der Biggetalperre zweifellos stark beeinflusst.

Nachdem die kath. Volksschule durch den Neubau der zehnklassigen Volksschule am Hohenstein versorgt ist, muß die evgl. Schule, die notdürftig im Gymnasium untergebracht ist, eine endgültige und ausreichende Bleibe erhalten. Gedacht ist an den Umbau und die Erweiterung des Gebäudes auf dem Gallenberg, sobald es nach dem Neubau der Landwirtschaftsschule frei wird. Für die gesamten Volksschulen der Stadt fehlt eine Turnhalle, die durch Vollendung der Imbergschule zusammen mit dem Bau von Lehrerdienstwohnungen gewonnen werden muß.

Die Wasserversorgung der Stadt ist weder in der Menge noch in der Qualität ausreichend. Das Problem ist vordringlich und muß alsbald gelöst werden. Geplant ist, aus der Grube Rhonard in Stachelau Wasser zu entnehmen, auf die Rhonard in einen Hochbehälter zu pumpen und von dort der Stadt mit natürlichem Druck zuzuführen.

Das Feuerwehrgerätehaus in der Winterbergstraße ist viel zu klein und liegt auch ungünstig. Ein Neubau an gelegener Stelle, der auch den Krankentransport aufnehmen muß, ist unumgänglich notwendig.

Der Neubau eines Isolierhauses und die Erweiterung des Krankenhauses sind zwar nicht von der Stadt als Bauherrin auszuführen, werden aber eine nicht unerhebliche finanzielle Beteiligung der Stadt erfordern, die bei dem zwingenden Bedürfnis nicht zu umgehen ist.

Schließlich ist zu erwähnen, daß die Durchgangsstraßen dringend instandgesetzt werden müssen, eine Aufgabe, die viel Geld kosten wird.

Für das kulturelle Leben der Stadt die äußeren Voraussetzungen zu schaffen, bedeutet die städtische Mitwirkung beim Bau einer Stadthalle.

An dieser Stelle konnten aus der Fülle der städtischen Aufgaben nur die wichtigsten kurz angeführt werden.

Möge die Stadt Olpe einen glücklichen Zukunft entgegengehen.

